

90. III : 1
Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

RUND BRIEF

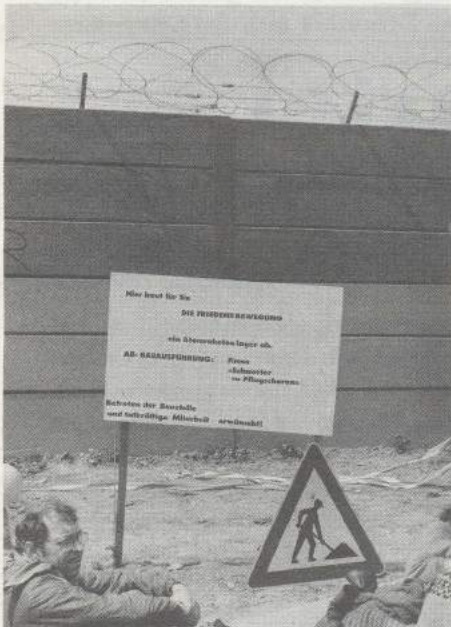
4/87

Z 9616 F

Bornheimerstr.20, 53 Bonn 1, Tel. 0228 / 69 29 04



Aktionen der Friedensbewegung im Herbst 1987



- * Pershing IA und NATO-Bunker: Aktionen in Landsberg, Geilenkirchen, Arsbeck und Linnich
- * Pershing II: Blockaden in Mutlangen, Neu-Ulm, Kettlershausen, Heilbronn ...
- * Cruise-Missiles: Blockade in Hasselbach/Hunsrück
- * Atomanlagen: Aktionstage und Demonstration gegen die WAA Wackersdorf
- * Atomwaffenfreies Europa: Olof-Palme-Friedensmarsch, Demonstration in Brüssel
- * Friedenswoche im November

**Aktions- und Strategiekonferenz
der Friedensbewegung
am 28./29. November 87**



Termine

5. September

"Countdown in Hasselbach" - Uraufführung eines Theaterstücks der Berliner Compagnie in Kirchberg/Hunsrück
Kontakt: Berliner Compagnie, c/o Gerhard Fries, Schillerstraße 97, 1000 Berlin 12, Tel.: 030-3136134

12. - 13. September

Arbeitskonferenz zu den Handlungsperspektiven unabhängiger Friedens- und Anti-Kriegs-Arbeit in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147

Kontakt: Fördergemeinschaft unabhängige Friedensarbeit
St. Pauli-Str. 10-12, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421-78966

26. - 27. September

4. Pädagogen-Friedens-Kongreß in Mannheim
Kontakt: Kongreß-Büro, Stadtjugendring Mannheim, K2/10, 6800 Mannheim 1, Telefon: 0621-20971

3. - 4. Oktober

Forum der Krefelder Initiative, Nürnberg
Kontakt: Krefelder Initiative, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln, Telefon: 0221-764694

16. - 18. Oktober

Forum der Initiative Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, München

6. November

Kongreß der bundesdeutschen Sektion der IPPNW in Essen

6. - 8. November

Tagung "Forscher und Praktiker zur Friedensbewegung" in Saarbrücken

Kontakt: Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden, Telefon: 06121-525556

28. - 29. November

Bundesweite Aktions- und Strategiekonferenz der Friedensbewegung

Kontakt: Koordinierungsausschuß

28. - 29. November

Internationaler Kongreß "Kultur gegen Krieg - Wissenschaft für den Frieden" in Hannover

Kontakt: Kulturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung in Ost und West, c/o Dr. H.-J. Häßler, Trierer Straße 6, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511-8093497

4. - 6. Dezember

Tagung "Gewaltfreie Politik in der BRD"

Kontakt: Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststraße 6, 5000 Köln 1, Tel.: 0221-765842

17. - 19. Juni 88

Kongreß "Ohne Waffen - Aber nicht wehrlos" Wege zur Sozialen Verteidigung in Minden

Kontakt: AG Friedenswoche Minden, Alte Kirchstraße 1, 4950 Minden, Tel.: 0571-24339

Anzeige

Die Expertenkartei

Beiträge der Wissenschaftler zu Frieden und Abrüstung

Veröffentlicht im Informationsdienst Wissenschaft und Frieden Hefte 3-5/1985 und 1/1986

wird renoviert:

- * Namen und Sachgebiete von ca. 500 Experten
- * zu Themen wie
 - Friedensforschung
 - Verantwortung der Wissenschaft
 - Militärische Rolle der Wissenschaft
 - Ursachen für Rüstung und Krieg
 - Militärstrategien
 - Militärtechnologien
 - Militarisierung der Gesellschaft
 - Rüstungs- und Kriegsfolgen
- * Abrüstung: Konzeptionen und Friedensbewegung
- * geordnet nach Sachgebiet, Region, Alphabet
- * dazu eine Übersicht über Friedensinitiativen im Wissenschaftsbereich und Kontaktadressen an Hochschulen

Die Expertenkartei

- ein Beitrag zur Verbreitung der Kenntnisse über Rüstung und Krieg
- zur Qualifizierung der Friedensarbeit
- zur Vernetzung der Friedenswissenschaft

Die neue Expertenkartei erscheint am 1.9.1987 - rechtzeitig zur Friedenswoche! Preis: 18,- DM

Die Expertenkartei kann bestellt werden bei:

Informationsstelle Wissenschaft und Frieden, Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/210744

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

für die Verschrottung der Atomraketen, für den ersten Schritt zur Abrüstung - dafür demonstrierten 100.000 Menschen am 13. Juni in Bonn. Seit dem Herbst 1983 war dies die erste große Friedensdemonstration in der Bundeshauptstadt. Weder die Täuschungsversuche der Bundesregierung über ihre Absicht, ein Abrüstungsabkommen zu hintertreiben, noch lästige Rechtsunsicherheiten wegen der Hofgartenwiese und auch nicht das schlechte Wetter haben dies ernsthaft infrage stellen können.

Wer hoffte, die Friedensbewegung werde sich durch die internationale Entwicklung oder vielversprechende Worthülsen der Bundesregierung überflüssig machen lassen, ist einem Wunschenken aufgefressen. Die Friedensbewegung ist da, und sie ist fähig, flexibel einzugreifen, wenn es die politische Entwicklung notwendig macht.

Vor der Demonstration gab es auch in der Bewegung selbst die Frage, ob in so kurzer Zeit in einer sehr veränderten Situation eine bundesweite Großaktion machbar und sinnvoll ist. Heute kann eindeutig festgestellt werden, daß die Entscheidung notwendig und richtig war. Die Friedensbewegung formulierte in Bonn die Erwartungen der großen Mehrheit der Bevölkerung: die Atomraketen müssen ohne Wenn und Aber, ohne neue Auf- und Umrüstungen verschrottet werden.

Und dies wenige Tage nach der Regierungserklärung vom 4. Juni, mit der Bundeskanzler Kohl ein halbes Ja zur "Null-Lösung" bei den weitreichenden Mittelstreckenraketen und mit dem Festhalten an den Pershing IA ein klares Nein zur "doppelten Null-Lösung" gesprochen hat. Wie sehr sich die Aufrüster dieses Landes getroffen fühlen, zeigte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler mit einer Presseerklärung am Tag der Demonstration. Darin versuchte er, die Friedensbewegung als "inhaltsleere Protestbewegung ohne politische Zukunft" zu diffamieren. Treffender Kommentar der *Frankfurter Rundschau*: "Geißlers Schmerz".

Unsere Demonstration ist umso höher zu bewerten, wenn wir uns in Erinnerung rufen, welche öffentliche Resonanz die Regierungserklärung vom 4. Juni ausgelöst hatte. Wer nicht genau hingehört hat, der sah in den Schlagzeilen nur, daß der Abzug der Atomraketen beschlossene Sache sei. In vielen Orten wurde die Frage gestellt "warum jetzt noch demonstrieren?". Die Sandkastenspiele der Bundesregierung um Auf-, Ab- und Umrüstung schaffen Verunsicherung. Es bleibt unverzichtbar, daß die Friedensbewegung hart am Ball bleibt, um dieser Einullerei Paroli zu bieten, um den ewigen "Nachrüstern" unsere Argumente und Forderungen entgegensetzen zu können.

Wir wissen: Ohne die Friedensbewegung wäre die heute gegebene Chance zur Abrüstung nicht möglich gewesen, ohne uns wird sie nicht genutzt werden, und nur durch massiven außerparlamentarischen Druck wird der Weg zum atomwaffenfreien Europa beschritten werden. In der Abschlusserklärung vom 13. Juni haben wir gesagt, daß es für uns nur eine Friedenslogik gibt: Frieden schaffen ohne Waffen!



Wir wissen: die Bundesregierung will keine Abrüstung und versucht mehr oder weniger offen, sie zu verhindern. Auch in den USA haben die Aufrüster ihre Arbeit kei-

neswegs eingestellt. Selbst eine Vertragsunterzeichnung wäre noch keine Garantie dafür, daß es tatsächlich zum Abbau von Raketen und zu einem Einstieg in die Abrüstung kommt. Dafür sind im Herbst weitere Aktionen notwendig.

In diesem Herbst wird es wichtig sein, Ziele wie atomwaffenfreies Europa, konventionelle Abrüstung, Verhinderung der Weltraumrüstung, politische Friedenssicherung, Versöhnung mit den Völkern Osteuropas, Solidarität mit den Menschen in der "3. Welt", Zusammenarbeit bei der Lösung weltumspannender Aufgaben und anderes mehr konkreter zu fassen und daraus umsetzbare Argumente und Forderungen zu machen.

Die vielen schon beschlossenen und in Planung befindlichen örtlichen und regionalen Aktionen, an Stationierungsorten von Atomwaffen sowie Aktivitäten zur Überzeugungsarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen zeigen, daß niemand in der Friedensbewegung die Zeit für erwartungsvolles Abwarten gekommen sieht. Friedensmärsche, Blockade- und Friedenswochen -dieser Herbst steht im Zeichen regionaler und örtlicher Aktions- und Informationsveranstaltungen. Viele Freunde in westeuropäischen Friedensgruppen haben sich für den 25. Oktober 1987 bereits für eine Großveranstaltung in Brüssel verabredet. Der Koordinierungsausschuß wird für die verschiedenen Herbstaktivitäten Informations- und Argumentationsmaterialien zur Verfügung stellen. Mit Blick auf die Aktions- und Strategiediskussion am 28./29. November 1987 werden wir eine umfassende Diskussion über die weitere Arbeit führen müssen. Eine Reihe von Beiträgen in diesem Rundbrief sollen hierfür erste Zeichen setzen.

Last not Least: Die Kosten für die Demonstration, die ihr folgenden Prozesse und die weitere Arbeit des Koordinierungsausschusses sind bisher nicht gedeckt, die Weiterarbeit gefährdet. Die nach Aktionen üblichen Ausgabebeschränkungen allein reichen nicht aus, denn schon die Miete für ein Büro und die Bezahlung eines einzigen Mitarbeiters übersteigen gegenwärtig die Finanzkraft des Koordinierungsausschusses. Wenn ein Bonner Büro für unsere gemeinsame Friedensarbeit verfügbar bleiben soll, brauchen wir dringend Eure Unterstützung.

Herzliche Grüße
Euer Koordinierungsausschuß

"Chance zur Abrüstung?"

Mit der Demonstration am 13. Juni in Bonn hat die Friedensbewegung einer größeren Öffentlichkeit deutlich machen können, daß blindes Vertrauen in Verhandlungen und Regierungspolitik verfehlt ist. Nach der Erklärung der Bundesregierung zur "Null-Lösung" hat es aber Irritationen gegeben, die bis heute nicht ausgeräumt sind. Viele Menschen glauben, die Chance zur Abrüstung sei greifbar nahe und ihre Verwirklichung nur eine Frage der Zeit.

Wer sich aber die Regierungserklärung genau ansieht, wird darin ein klares Ja zur "Null-Lösung" für Mittelstreckenraketen mit Reichweiten über 1000 km vergeblich suchen. Stattdessen findet sich ein kaum verschlüsseltetes Nein zur sogenannten "doppelten Null-Lösung" für Raketen von 500 bis 1000 km. Denn das Festhalten an den Pershing IA der Bundeswehr bedeutet, daß die Bundesregierung eine zweite "Null-Lösung" nicht verwirklichen will. Ohne eine Einbeziehung der entsprechenden amerikanischen Sprengköpfe wird es eine Abrüstung in diesem Bereich kaum geben.

Die Bundesregierung argumentiert dabei mit der Behauptung, bei diesen Systemen handele es sich um "Drittstaatensysteme", über die die USA in Genf nicht verhandeln könnten. Worum es geht, erklärte Verteidigungsminister Wörner mit der Feststellung, diese Systeme seien der Schlüssel zur Aufrüstung bei see- und luftgestützten Atomwaffen mit einer Reichweite weit auf das Territorium des Warschauer Vertrages.

Praktisch wird die Bundesrepublik damit den Atom-mächten Frankreich und Großbritannien gleichgestellt und der Status einer eigenen bundesdeutschen Atom-macht beansprucht. Gleichzeitig geht es um die Rechtfertigung von atomaren Aufrüstungen, mit denen die bisher den Pershing II und Cruise Missiles zugedachten Aufgaben von anderen Waffensystemen wahrgenommen werden sollen. Die Bundesregierung errichtet somit Barrieren und rüstungspolitische Auffanglinien, um Abrüstung zu blockieren bzw. zu unterlaufen.

Auch in den Verhandlungen zwischen USA und Sowjetunion in Genf gibt es gravierende Probleme. Nachdem die Sowjetunion die weitreichenden Kontrollforderungen der USA für den Westen überraschenderweise positiv beantwortet hat, melden sich westliche Militärs und Rüstungskonzerne mit "Bedenken" bei einer Vor-Ort-Kontrolle in ihren Einrichtungen. Es ist noch nicht absehbar, ob und wie eine Einigung erreichbar ist.

Die USA fordern weiterhin für sich das Recht, Pershing II in Pershing IB umrüsten und sie ihren westeuropäischen Verbündeten übergeben zu dürfen. Dabei verkoppeln sich Ziele der US- und der Bundesregierung, da die Pershing IB die modernisierte Version der Pershing IA ist, die in den 90er Jahren von der Bundeswehr beschafft werden soll. Für die Cruise Missiles sind ähnliche Forderungen erhoben worden: die USA wollen das Recht, die

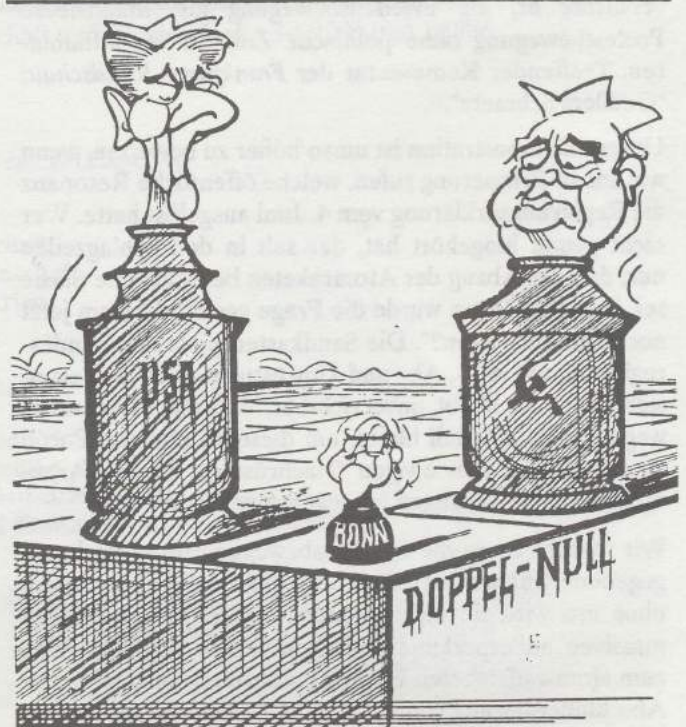
heute landgestützten Systeme auf See zu stationieren. Die Sowjetunion fordert dagegen die tatsächliche und ersatzlose Verschrottung sowohl der Pershing II als auch der Cruise Missiles.

Ebenfalls noch umstritten ist die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen auf beiden Seiten je 100 Mittelstreckensysteme verbleiben. Die Sowjetunion verlangt als Gegenleistung für einen Verzicht auf solche Systeme in ihren asiatischen Gebieten, daß die USA zugleich auf die Stationierung von Atomwaffen in dem Raum verzichten.

Für einflußreiche Kreise in den USA ist ein "Null-Lösungs"-Abkommen kein Einstieg in eine Abrüstungspolitik, sondern wenn überhaupt eine Maßnahme, die Aufrüstung in anderen Bereichen rechtfertigen und politische durchsetzbar machen soll. Aber auch eine "Null-Lösung" wird als "gefährlich" angesehen, da nicht nur militärische Optionen entfallen, sondern ein Beispiel für die Möglichkeit der Abrüstung von modernen Atomwaffen gegeben wird.

Sollte es trotz der genannten Schwierigkeiten zu einer Vertragsunterzeichnung für eine oder beide "Null-Lösungen" kommen, ist die weitere Entwicklung um das Abkommen immer noch offen. Nicht auszuschließen und zu befürchten ist, daß im amerikanischen Kongreß die Ratifizierung verschleppt wird und für die Zeit des Präsidentschaftswahlkampfes auf Eis gelegt wird. Ohne ein Abkommen völkerrechtlich verbindlich unterzeichnet zu haben, werden die USA aber mit der Beseitigung der Mittelstreckenraketen nicht beginnen.

Die Friedensbewegung hat Möglichkeiten, auf die weitere Entwicklung Einfluß zu nehmen. Zum einen gibt es große



Schach dem Bauern

Zeichnung: Hanel

Mehrheiten auch unter CDU/CSU- und FDP-Anhängern für die bedingungslose Beseitigung dieser Atomwaffen. Zum zweiten stehen die westlichen Regierungen im Wort: ein Nichtzustandekommen der "Null-Lösungen" hätte gravierende innenpolitische Auswirkungen; die schon gesunkene Glaubwürdigkeit der NATO-Regierungen in Fragen der Abrüstung würde rapide weiter abnehmen. Zum dritten kann der flexiblen Abrüstungspolitik der Sowjetunion heute nicht mehr ein einfaches Blockieren, Vertagen oder Ignorieren entgegengesetzt werden. Schon jetzt erwartet die Mehrheit der westeuropäischen Bevölkerung von Gorbatschow als von Reagan Abrüstungsschritte. Reine Propagandaschlachten, wie sie amerikanische Regierungsstellen planen, werden keine "Abhilfe" schaffen können.

Die Hauptmethode offizieller Politik, Stimmung gegen atomare Abrüstung zu schaffen, ist die Angstmake vor einer "Denuklearisierung Europas". Behauptet wird die Gefahr eines konventionellen Krieges wegen der vermeintlichen sowjetischen Überlegenheit im konventionellen Bereich. Sosehr diese Propaganda aus der Defensive heraus erfolgt - niemand darf der Illusion verfallen, sie sei von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Ablehnung der atomaren Abschreckung gilt nicht im selben Maße für die konventionelle Rüstung. Die Friedensbewegung steht deshalb vor der Aufgabe, ihr Ziel eines atomwaffenfreien Europas im Zusammenhang mit einer konsequent verfolgten Abrüstungs- und Friedenspolitik offensiv in die öffentliche Auseinandersetzung zu tragen.

Ein Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen wäre ein historischer Erfolg der Friedensbewegung. Wenn dieser Schritt aber militärischen Denkmustern verhaftet bleibt, sind Maßnahmen zur Fortsetzung atomarer Aufrüstung vorprogrammiert. Wenn die "Null-Lösung" zum Einstieg in eine neue Politik werden soll, muß das neue Denken bei uns durchgesetzt werden. Das bedeutet anzuerkennen, daß an die Stelle rüstungspolitischen Gegeneinanders ein abrüstungspolitisches Miteinander treten muß. Kooperation statt Konfrontation, Realbilder statt Feindbilder, Dialog statt selbstgerechter Monolog, und vor allem: Abrüstung für Entwicklung statt Aufrüstung für Zerstörung.

rrang hat die Beseitigung der atomaren Vernichtungsdrohung. Ohne sie wird es ein friedliches Zusammenleben der Völker Europas nicht geben können. Eine Politik der Atomwaffenfreiheit erfordert, die heute möglichen Abrüstungsschritte zu gehen und sie nicht durch Aufrüstung zu kompensieren. Weitere einschneidende Abrüstungsmaßnahmen müssen folgen. Von "Null-Lösung" zu "Null-Lösung" und Zone für Zone muß die auf uns alle lastende atomare Bedrohung in Ost und West beseitigt werden.

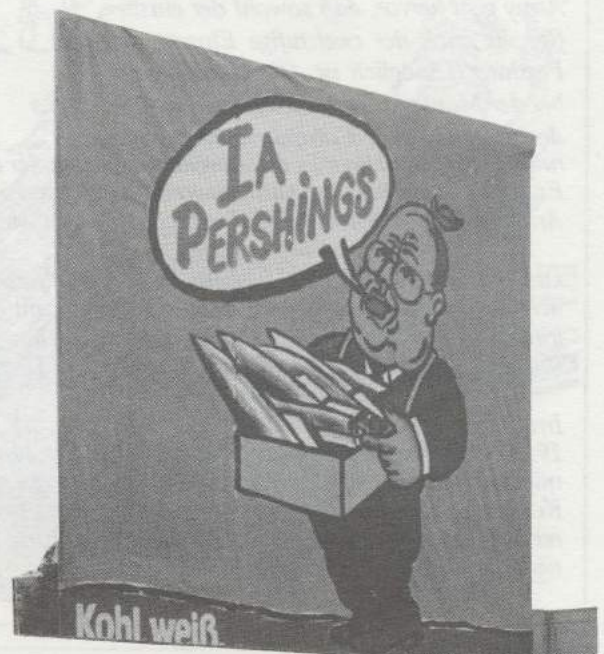
Klar ist aber auch, daß die Entnuklearisierung nicht durch fortgesetzte oder gar verstärkte konventionelle Aufrüstung "begleitet" werden darf. Im Gegenteil: gleichzeitig muß auch auf diesem Gebiet eine Entmilitarisierung der Beziehungen zwischen den Staaten erfolgen.

Genfer Hindernislauf

Bisher aufgetürmte Hindernisse in den Genfer Verhandlungen scheinen beseitigt: Die Sowjetunion will auf ihre SS-20 Raketen im asiatischen Raum verzichten, wenn die USA dort nicht weiter aufrüsten. Die USA erklären sich bereit, auf die geplante Umrüstung der landgestützten Cruise Missiles auf seegestützte zu verzichten.

Jetzt wird das Festhalten der Bundesregierung an den amerikanischen Pershing IA-Atomsprengköpfen zum Dollpunkt der Verhandlungen gemacht. Die USA haben sich die Haltung der Bundesregierung zueigen gemacht und verlangen, daß die Pershing IB von einem Abkommen unberührt bleiben. Die Sowjetunion will die USA-SPrengköpfe im Rahmen der "globalen doppelten Nulllösung" beseitigt haben. Die "IB" sind die Modernisierung der "IA", die für Anfang der 90er Jahre geplant ist. Und die "IB" sind zugleich die Pershing II mit kürzerer Reichweite.

Auch wenn vor falschen Hoffnungen gewarnt werden muß, sind die Aussichten für einen Abrüstungsschritt selten günstig. Damit wir den Abbau und die Verschrottung der ersten Mittelstreckenrakete feiern können, müssen wir aber noch einiges unternehmen. Das gilt erst recht, wenn daraus der Einstieg in die Abrüstung, der Anfang vom Ende der atomaren Abschreckung und der Beginn einer politischen Friedenssicherung ohne atomare oder andere militärische Bedrohung werden soll. Neben unseren anderen Abrüstungsforderungen ist eine offensive Auseinandersetzung um ein atomwaffenfreies Europa als Schritt zu einer vollständig entmilitarisierten Außenpolitik von zentraler Bedeutung.



Die Friedensversammlungen Rheinland und Ruhr veranstalten am Samstag, den 17. Oktober, eine gemeinsame

Demonstration am Pershing IA- Standort Geilenkirchen

Entgegen dem auch von vielen Medien verbreiteten Eindruck, die Bundesregierung sei mit ihrer Erklärung von Bundeskanzler Kohl am 4.6.87 auf den "Abrüstungszug aufgesprungen", ist das Festhalten an den Pershing IA-Raketen der Bundeswehr ein unübersehbares Zeichen des Abrüstungsunwillens dieser Regierung. Soll der Einstieg in die atomare Abrüstung politische Wirklichkeit werden, indem alle landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen in Europa mit einer Reichweite über 500 Kilometern abgezogen werden und verschrottet werden, ist es zwingend geboten, mit den bundesdeutschen Pershing IA (Reichweite 700 Kilometer) ebenso zu verfahren.

Wer dies verhindern will oder gar von "Drittstaaten-Waffen" redet, setzt sich dem Verdacht aus, über das Beharren auf den 72 Pershing IA sowie deren angestrebter Modernisierung (in Pershing IB) einen Weg zur militärischen Atommacht Bundesrepublik Deutschland zu bereiten. Zudem erschwert die Position der Bundesregierung den Abschluß einer Vereinbarung über die Beseitigung von Atomwaffen in Europa zwischen den USA und der UdSSR.

Unsere Forderung ist klar und eindeutig: Ein Einstieg in die atomare Abrüstung darf nicht vor den bundesdeutschen Pershing IA halt machen und darf nicht zu Umrüstungen führen.



- * Vor diesem Hintergrund rufen die Friedensversammlungen Rheinland und Ruhr gemeinsam auf, am 17. Oktober in Geilenkirchen, einem der beiden Standorte der Pershing IA, zu demonstrieren. Wir wollen den politischen Druck auf die Bundesregierung erhöhen und dazu beitragen, daß der Einstieg in die atomare Abrüstung Realität werden kann.

Ablauf am 17. Oktober:

12 Uhr Auftakt Marktplatz Geilenkirchen
Demonstration zu den Pershing IA-Stellungen Stahe und Niederheit

- * An diesem Tag soll eine aktionsmäßige Verbindung zur geplanten unterirdischen NATO-Kommandozentrale in Glimbach/Linnich (ca. 20-25 Kilometer von Geilenkirchen entfernt) hergestellt werden.
- * In Zusammenhang mit der Demonstration werden in den Tagen davor Aktionen Zivilen Ungehorsams stattfinden.

Kontakt: AG-Rhein/Ruhr
c/o BI Düsseldorf gegen Atomraketen,
Oberbinker Allee 17, 4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211-317767 oder 0211-342340

Antikriegstag '87

"Jetzt abrüsten / Sicherheit schaffen / Nie wieder Krieg"

Der DGB ruft alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, an den Veranstaltungen zum Antikriegstag am 1. September teilzunehmen. Die Sicherung und Förderung des Friedens in der Welt sind zentrale gewerkschaftliche Ziele. (...)

Forderungen des DGB zum Antikriegstag:

- * Schluß mit dem Wettrüsten. Oberstes Ziel muß die Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen in Ost und West sein.
- * Zuerst der vollständige Abbau aller landgestützten atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen. Danach müssen weitere Lösungen zum Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Atomwaffen führen.
- * Keine Androhung und Anwendung von Gewalt. Der Vorschlag, die bestehenden Militärdoktrinen gemeinsam zu prüfen und zu verändern, muß aufgegriffen werden. Das Ziel muß eine Angriffsunfähigkeit beider Seiten sein.
- * Keine Entwicklung neuer Waffensysteme. Jede Entwicklung von Weltraumwaffen und jede Beteiligung daran muß sofort eingestellt werden.

- * Bestehende Rüstungskontrollverträge müssen eingehalten und zum Ausgangspunkt weiterer gemeinsamer Abrüstungsverträge werden.
- * Einstellung aller Atomwaffentests. Wenn keine neuen Atomwaffen entwickelt werden, sind Atomwaffentests überflüssig.
- * Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung biologisch-bakteriologischer sowie chemischer Kampfstoffe.
- * Abbau von Truppen und Waffen im konventionellen Bereich.
- * Keine Verlängerung des Wehr- und Zivildienstes.
- * Keine Form des Frauenwehrdienstes. Auch der freiwillige Dienst von Frauen in der Bundeswehr muß unterbleiben.
- * Entspannungspolitik vor dem Hintergrund des Gedankens, daß Sicherheit für beide Seiten nur gemeinsam zu schaffen ist.
- * Die Rüstungsexporte in Länder der Dritten Welt müssen beendet werden. Der gesamte internationale Waffenhandel muß drastisch eingeschränkt werden.
- * Die bestehenden Ansätze in Rüstungsbetrieben zur Umwandlung der Produktion für zivil nutzbare Produkte müssen unterstützt und ausgeweitet werden.
- * Die Forschung für den Frieden muß zentrale Aufgabe werden. Die Erziehung zum Frieden in allen Bildungseinrichtungen muß zur Selbstverständlichkeit werden.

(Auszüge aus dem Aufruf des DGB zum Antikriegstag '87)

Wir wollen ohne Atomwaffen leben und mit der Abrüstung bei uns anfangen!

Für diese Forderung demonstrieren wir am Samstag dem 19.9.87 in Heilbronn. Verbunden mit dieser Demonstration und internationalen Kundgebung findet eine ganztägige Blockade des PershingII-Depots auf der Waldheide statt. Gleichzeitig mit uns demonstrieren Menschen in der DDR und CSSR für den Einstieg in ein atomwaffenfreies Europa.

Die Palme-Kommission hat 1982 vorgeschlagen, in Mitteleuropa einen 300 km breiten Korridor zu schaffen, der von allen Atomwaffen und Trägersystemen frei sein soll. Damit würden aus der Bundesrepublik, der DDR und der CSSR über 6000 Atomsprengköpfe und Abschußeinrichtungen beseitigt. Dieser Vorschlag wendet sich gegen das Denken einer Abschreckungslogik, die uns immer mehr Waffen ins Land bringt und kann als erster Schritt auf dem Weg zu einem atomwaffenfreien Europa ebenso einen Durchbruch darstellen wie der jetzt verhandelte Abzug aller Mittelstreckenraketen.

Die Menschen in Europa brauchen eigene Abrüstungsinitiativen und haben es satt, auf Vereinbarungen der beiden Großmächte ständig warten zu müssen. Deshalb wird vom 1.-19. September 1987 auch in demonstrativer Gemeinsamkeit sowohl in der DDR und CSSR als auch in der Bundesrepublik für die Verschrottung aller Atomwaffensysteme und ihrer Infrastruktur demonstriert:

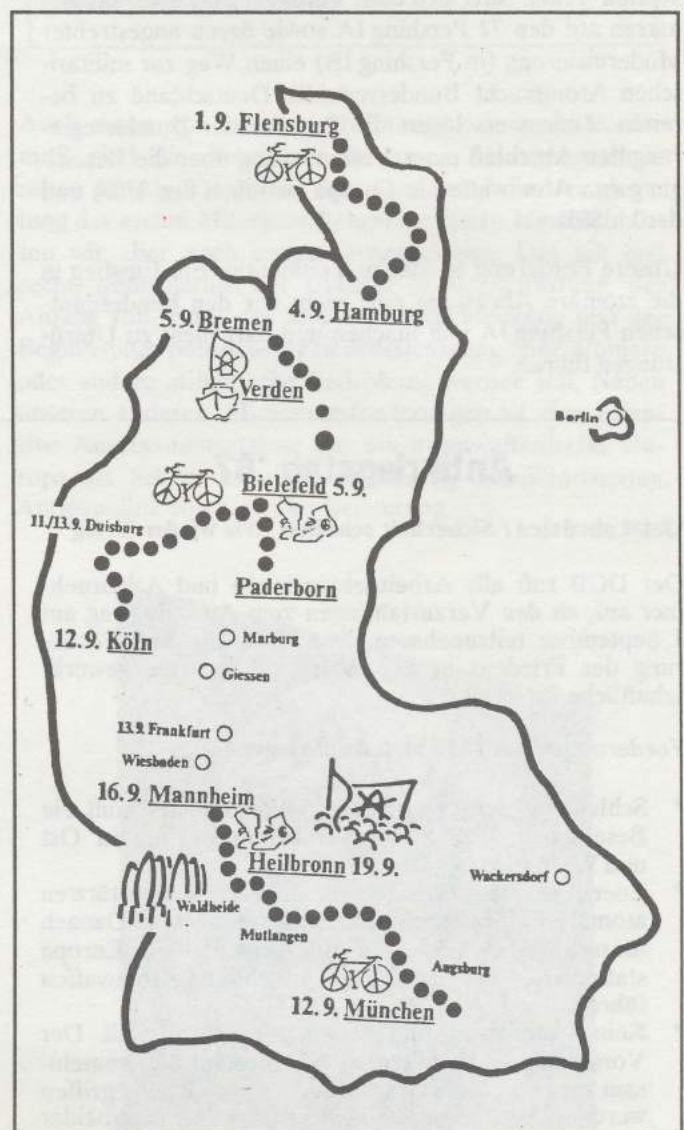
Von Stralsund nach Dresden, von München und Flensburg nach Heilbronn und von Sporovan über Karlsbad nach Decin.

Wichtige Termine des Olof-Palme-Friedensmarsches:

- 01. September: Internationale Kundgebung in Stralsund (DDR)
- 05. September: Beginn der Weserfahrt in Bremen / Kundgebung in Bielefeld und Wittenberg
- 12. September: Friedens-Rockkonzert in München mit Nina Hagen, Konstantin Wecker, Alla Pugatschowa, Tote Hosen, Haindling u.a. Das Konzert wird am
- 15. September in Pilsen (CSSR) wiederholt
- 18. September: Internationale Kundgebung in Dresden
- 19. September: Internationale Kundgebung in Heilbronn

Die Bundesregierung hat die Schaffung atomwaffenfreier Zonen ebenso abgelehnt wie die Abkehr von der unseligen Politik der wechselseitigen Vernichtungsdrohung. Sie hält an Atomraketen fest und plant den Ausbau der Raketenarsenale innerhalb der Bundeswehr. Während über die Verschrottung von Raketen verhandelt wird, läßt sie weitere Cruise Missiles ins Land bringen.

Die Mehrheit der Bevölkerung will sich von der Gefahr durch Atomwaffen befreien. Mehr als 92 % haben sich für die Verwirklichung der doppelten Null-Lösung ausgesprochen. Mit Atomwaffenstellungen verbindet kaum



noch jemand ein Gefühl der Sicherheit. Sie sind reale Symbole der totalen Existenzgefährdung. Viele von uns wissen nicht einmal, daß Bundeswehrsoldaten unmittelbar mit Atomwaffen zu tun haben. In den Kasernen stehen Haubitzen, die für den Einsatz von Atomwaffen ebenso vorgesehen sind wie bundesdeutsche Atomraketen vom Typ Pershing IA und Lance. Bundeswehrpiloten üben täglich den Atomwaffeneinsatz in ihren Jagdbombern vom Typ Tornado oder Starfighter.

Wie real die Gefährdung ist, hat in den letzten Wochen der neuerliche Unfall zweier Transporter mit Pershing II Raketen gezeigt. Während die Regierung alles unternimmt, ein Abkommen über ihren Abbau zu verhindern, rasen amerikanische GI's mit den Raketen in den Straßengraben und gefährden damit das Leben der Menschen ganzer Regionen. Wir wollen die Beseitigung dieser Gefährdungen, wir wollen den endgültigen Abzug dieser Waffen, ein atomwaffenfreies Europa. Und wir wollen jetzt damit beginnen, indem wir als einen ersten Schritt Zonen frei von allen Massenvernichtungswaffen schaffen.

Mit dem OLOF PALME FRIEDENSMARSCH und Aktion in Heilbronn fordern wir von der Bundesregierung: Abbau und Vernichtung aller Atomsprenkköpfe, ihrer Trägersysteme und der damit verbundenen Infrastruktur aus dem Raum von zunächst 150 km westlich der Grenzen zur DDR und CSSR. Wir fordern die sofortige Schließung der Raketenbasen in Heilbronn, Mutlangen und Neu-Ulm und die Einstellung des Übungsbetriebes mit den dort stationierten Waffen, unabhängig davon, wie die Verhandlungen in Genf verlaufen. Wir fordern die Streichung sämtlicher Mittel im Bundeshaushalt für weitere Atomwaffenträger.

Kommt nach Heilbronn und beteiligt Euch in Euren Orten an den Veranstaltungen des Olof-Palme-Friedensmarsches. Informiert Euch beim

Aktionsbüro OLOF PALME FRIEDENSMARSCH, c/o DFG-VK, Kurfürsten Str.21, 8500 Nürnberg 40.

Spenden bitte auf das Konto:

DFG-VK, Stichwort Olof Palme Friedensmarsch, Postgiroamt Nürnberg, Nr. 12140-852, BLZ 76010085

Olof-Palme- Friedensmarsch

für einen atomwaffenfreien Korridor



Der Ablauf in Heilbronn am 19.9.87:

14.00 Uhr: Empfang des OLOF PALME FRIEDENSMARSCHES durch Baden-Württemberg, Demonstration von der Waldheide nach Heilbronn

15.00 Uhr: Internationale Kundgebung im Pfühlpark in Heilbronn mit Redebeiträgen der am OLOF PALME FRIEDENSMARSCH beteiligten vier Länder und Kulturprogramm aus der BRD und DDR.

Ganztägige gewaltfreie Blockade aller Tore der Militäreinrichtung auf der Waldheide.

Kasten:

Die Blockadeaktion:

Eine Schließung aller Tore von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr soll im "Schichtbetrieb" erfolgen, wobei sich für einzelne Schichten Organisationen und Gruppen verantwortlich erklären. Für den Freitagabend ist ein Koordinierungstreffen vorgesehen.

Informationen: Holger Jänicke, Carl Kabert Haus, Schulstr.7, 7075 Mutlangen.

Im Rahmen des Olof Palme Friedensmarsches besteht die Möglichkeit, an Veranstaltungen und Kundgebungen in der DDR und CSSR teilzunehmen. Wer die Möglichkeit nutzen will, mit den Menschen dort ins Gespräch zu kommen und dort unser gemeinsames Interesse an einer Welt ohne Waffen zu demonstrieren, der erhält Informationen beim DFG-VK Bonner Büro, Stralsunder Weg 50, 5300 Bonn 1, 0228-666752.

Herbstaktionen gegen die WAA

Aktionstage in der Oberpfalz vom 8.-10.10.87, Großkundgebung in Wackersdorf Volksfestplatz am 10. Oktober 11 Uhr mit anschließender Demonstration zum WAA-Baugelände

Anti-Atom- und Friedensbewegung in Bayern haben sich auf eine gemeinsame Großdemonstration am 10. Oktober in Wackersdorf verständigt. Weitere Aktionselemente und ein gemeinsamer Aufruf werden noch beraten. Zur Diskussion stehen ein Entwurf der bayrischen Friedensbewegung und einer der Oberpfälzer Bürgerinitiativen, aus denen wir hier Auszüge zitieren:

(Oberpfälzer BI's)

"Die geplante WAA in Wackersdorf bedroht nicht nur Gesundheit und Leben aller Menschen in der Oberpfalz, im ganzen Bundesgebiet und darüber hinaus, sie ist zugleich Kernstück des bundesdeutschen Atomprogramms: Mit ihr würde das letzte, entscheidende Glied im atomaren Brennstoffkreislauf fertiggestellt werden. Obwohl das Atomprogramm insgesamt wirtschaftlich und energiepolitisch unsinnig ist, wird es von seinen Verfechtern durchgezogen. Nicht nur, um mit der atomaren, zentralisierten Energieversorgung über ein Machtmittel zu verfügen und der Atomindustrie weiterhin ein lukratives Geschäft weltweit zu sichern, sondern auch, um sich mit dem Plutonium aus der WAA den altgehegten Traum einer bundesdeutschen Atombombe zu verwirklichen. (...)

Der Bau der WAA wird gegen den erklärten Widerstand des Großteils der Oberpfälzer Bevölkerung mit allen Mitteln vorangetrieben. Rechtsinstanzen werden ausgeschaltet, unbequeme Gutachten übergangen, Gesetze nach Bedarf geschaffen oder ignoriert.

Mit Sondereinsatzkommandos (SEK), CS-Gas und Gummigeschossen wird der Zaun der geplanten Plutoniumfabrik geschützt.

Das Demonstrationsrecht wird im Raum Wackersdorf faktisch außer Kraft gesetzt. Mit einer Prozeßlawine wird der Widerstand kriminalisiert, soll eingeschüchtert und finanziell ausgeblutet werden.

Dem setzen wir unseren Widerstand entgegen: Konstruktiv, vielfältig und geschlossen. Die WAA muß verhindert werden!

(...) Wir rufen alle, die gegen Atomkraft sind, alle Menschen aus den Bewegungen für den Frieden, für die "Dritte Welt", für Umweltschutz, aus den Gewerkschaften, aus christlich motivierten Kreisen auf, sich an den Aktionstagen mit eigenen Formen und Inhalten zu beteiligen.

Auf der Grundlage, daß die Aktionen vermittelbar

und konstruktiv sind, sich nicht gegen die Bevölkerung richten und nicht die Konfrontation mit der Polizei suchen, gibt es viele Möglichkeiten, die Aktionstage phantasiereich zu gestalten und mit einer eindrucksvollen Großdemonstration abzuschließen.

(Bayrische Friedensbewegung)

(...) Wir beobachten mit Sorge und Zorn, wie

die Bundesregierung immer neue Hindernisse erfindet, um die doppelte Nulllösung zu hintertreiben

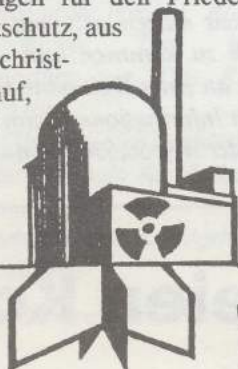
mit dem Einsatz massiver staatlicher Macht der Bau der Plutoniumfabrik Wackersdorf gegen unseren Willen und gegen allen Sachverstand durchgesetzt werden soll. Dahinter steht das Streben nach der eigenen bundesdeutschen Atombombe

wie Aufrüstung mit wirtschaftlichen Interessen zusammenhängt, die Ausbeutung, Hunger und Unterentwicklung bedeuten, eine gerechte Verteilung der Güter in unserer einen Welt verhindern und Rohstoffverschwendung und Umweltzerstörung fortsetzen.

(...) Abrüstung kommt nicht von alleine. Viele Menschen müssen sie zu ihrem Anliegen machen, deutlich, öffentlich. Deshalb nehmen wir uns gerne die Zeit zur Teilnahme an Aktionstagen, Demonstration und Kundgebung vom 8. bis 10. Oktober 1987 in Wackersdorf. Wir werden viele sein. Wir müssen gehört werden, weil wir die Meinung der großen Bevölkerungsmehrheit vertreten. Wir laden Sie ein, die Zeit an diesem Tag mit uns sinnvoll zu verbringen. Wir und unsere Kinder wollen andere Zeiten erleben, frei von atomarer Bedrohung.

Kontaktadressen:

- * Anti-WAA-Büro, Postfach 1145, 8460 Schwandorf, Tel. 09431-1029
- * Nürnberger Friedensforum, Fürther Str. 22, 8500 Nürnberg 80, Tel. 0911-260016



ABSCHALTEN! VERSCHROTTEN!

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden - Initiative Kirche von unten - Pax Christi

Aufruf

zur achten bundesweiten Friedenswoche vom 8. - 18. November 1987

Wir möchten alle, im Aufbruch befindliche wie Zögernde, ermutigen, sich in einem ökumenischen Weg im Zeichen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu vereinen. Möglichst viele einzelne und Gemeinden sollen an der befreienden Erfahrung teilhaben, die über Völker- und Kirchengrenzen hinweg entsteht, wenn wir das unverrückbare Ja Gottes zu allen seinen Geschöpfen bezeugen. Dieses Ja Gottes setzt den Widerspruch zu all unserem menschlichen Nein, das Menschen und Mitwelt Hoffnung und Leben raubt.

Die 2. Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Siegen vom November 1986 hat die Einladung zu einem Bundesmanifest erklärt:

"Gott hat in Jesus Christus die Welt mit sich und untereinander versöhnt. In der Geschichte mit seinem Volk Israel und im Leben Jesu Christi hat er uns gezeigt, wozu wir berufen sind: zu Schwestern und Brüdern in der Einen Menschheit. ... Weil Gott für uns diesen Bund eröffnet hat, können wir uns auf den Weg der Ausbreitung dieses Bundes machen. ..."

* *Es darf um Gottes Willen nicht sein, daß wir gegeneinander Krieg führen.*

* *Es darf um Gottes willen nicht sein, daß wir einander das tägliche Brot verweigern.*

* *Es darf um Gottes willen nicht sein, daß wir die Schöpfung zerstören."*

Wir laden dazu ein, sich auf diese Herausforderungen einzulassen, sie zu entfalten und zu bekräftigen.

Zwischen ihnen besteht ein enger Zusammenhang. Es ist unmöglich, daß die Länder des Südens Hunger und Bürgerkrieg auch nur minimal vermindern, wenn sie weiterhin von ihren ungeheuren Auslandsschulden erdrückt werden. Diese Schulden hängen unmittelbar mit der Zinspolitik der reichen nördlichen Länder zusammen. Ihr Rüstungswettlauf zwingt sie zu immer maßloseren Geldaufnahmen. Buchstäblich um jeden Preis halten sie ihren Besitz fest, ihre Hochrüstung und ihren Konsum, in denen keine Vernunft mehr waltet. Hinter diesem Handeln sehen wir eine abgrundtiefe Angst um uns selbst, die nicht klug macht, sondern gierig. Im Sinne der drei ökumenischen Verpflichtungen empfehlen wir, in der dies-

jährigen Friedenswoche vor allem an folgenden Themen und Fragen zu arbeiten:

1. Wir bemühen uns um eine **europäische Friedensordnung**. Ein Frieden ohne Bedrohung in Europa muß das Abschreckungssystem mit seinen untragbaren Lasten und Risiken ablösen. Ihr Kernstück ist die Einsicht, daß Sicherheit in Zukunft nur noch gemeinsam zu erreichen ist. (...) **Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion** sollte daher ein erster Schwerpunkt unserer Arbeit sein. Sie kann zu Begegnungsfahrten und Partnerschaftsprogrammen führen und ihren politischen Ausdruck darin finden, daß wir die Verstärkung vertrauensbildender Maßnahmen, die Schaffung ABC-waffenfreier Zonen und den Abschluß der im Gespräch befindlichen Abkommen zu Mittelstreckenraketen als ersten Schritt zu einer umfassenden Abrüstung unterstützen.
2. Wir sind aufgerufen, endlich die Weltwirtschaftsordnung neu zu bedenken. Der erste Schritt muß darin bestehen, **aus Schuldnerländern gleichberechtigte Partner** einer gemeinsamen Zukunft werden zu lassen. (...)
3. (...) Täglich beteiligen wir uns an der Ausbeutung der Schöpfung. Das hängt mit Veränderungen in der **Landwirtschaft** eng zusammen. So werden Boden und Grundwasser in einer verhängnisvollen Weise mit Schadstoffen belastet. (...) Nur ein breiter **Bewußtseins- und Verhaltenswandel** kann die Umkehr vorbereiten, die wir der Natur, den Mitmenschen und uns selber schulden. (...)

Auf dem Weg zu einer Kirche der Versöhnung, zu einer Kirche des Miteinanders und zu einer Kirche derer, die die Erde in Liebe schützen, sind wir in ökumenischer Gemeinschaft. 1989 soll eine Versammlung der Kirchen der nördlichen Hemisphäre stattfinden. Sie soll ein wichtiger Schritt im konziliaren Prozeß sein. Laßt uns die Friedenswoche nutzen und viele Menschen in diesen Weg einbeziehen. Laßt uns miteinander den Weg der Gerechtigkeit, der Freiheit von Gewalt und Waffen, der Freude und der Gemeinschaft gehen. Diesem Weg gilt die Verheißung Gottes.

Abrüstungswoche vom 2. - 10. Oktober

Aktionen in der Woche des Zivilen Ungehorsams sind geplant in:

* Mutlangen

Die Woche wird vom Friedensbüro Tübingen organisiert. Es wird ins Auge gefaßt, während der Woche eine Blockade rund um die Uhr zu machen.

Kontakt: Friedensbüro Tübingen, Neckarhalde 8, 7400 Tübingen

* Heilbronn

Organisiert wird die Woche hier von der Regionalgruppe Heilbronn in Zusammenarbeit mit weiteren Heilbronner Gruppen.

Kontakt: Magdalena Ludwig, Guthuthof 10, 6900 Heilbronn

* Kettlershausen

Im Rahmen der bundesweiten Herbstaktionen der **Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zu Abrüstung** organisiert und koordiniert die Regionalgruppe Oberschwaben der Kampagne die "Abrüstungswoche" am Pershing II-Depot Kettlershausen (Bayern, Landkreis Neu-Ulm).

Im Lauf dieser Woche sollen am "vergessenen Depot" Kettlershausen täglich Aktionen und Veranstaltungen auf der Zufahrt zum Depot stattfinden. Diese Aktionen werden überwiegend angemeldet und zeitlich begrenzt sein. Auf vielfältige und phantasievolle Weise sollen unsere Forderungen aufgezeigt werden. Bisher stehen ein Ärztetag, ein Seniorentag, ein Erntedanktag, ein Kinderfest und ein Oberschwabentag unter dem Motto **Wir machen die Todesstraße zur Lebensstraße** fest. Geplant sind noch ein Workshop zum Thema Soziale Verteidigung, Konzerte, Pantomime und eine Adelsblockade auf der Zufahrt. Ferner eine mit einer Bürgerbefragungsaktion verbundene Abschlußveranstaltung, bei der bekannt gegeben werden soll, was die Bürger/innen der Region wünschen, was nach der Abrüstung aus dem Raketengelände gemacht werden soll.

Falls die Bundesregierung und die US-Regierung bis zum Herbst von ihrer momentanen Abrüstungszustimmung wieder abgehen sollten, wird die gesamte Woche eine Woche des Zivilen Ungehorsams sein.

Informationen und Aufrufe zur Abrüstungswoche können erhalten werden von:

Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung
Regionalgruppe Oberschwaben, c/o Astrid Ziemann-Berg und Andreas Linder, Oberauer Weg 7, 7988 Wangen, Tel.: 07522-20828

* Hasselbach

Im Hunsrück wollen die Delegierten der FI's nach den bisherigen 2-Tage-Blockaden für den 4.-10.10. ebenfalls eine längere Aktion durchführen, beginnend am Sonntag nach dem Friedensgebet (16 Uhr). die Cruise-Missile-Konvois verlassen inzwischen regelmäßig das Stationierungsgelände zu sog. Übungsfahrten, und zwar nur an Tor 2 (Tor mit dem Kreuz). Deswegen soll die gesamte Woche, auch nachts, dieses Tor mit einer Mahnwache blockiert und die Stellung gut beobachtet werden. Hierzu wäre es gut, wenn sich die verschiedenen (Bezugs-) Gruppen tageweise bzw. nachtsweise zur Verfügung stellen würden.

An zwei Tagen, nämlich Freitag, 9.10. und Samstag 10.10. soll das Gelände an allen Toren dicht gemacht werden. Evtl. könnten kulturelle Veranstaltungen oder auch Vorträge o.ä. zum Thema das Ganze etwas anreichern.

Die Diskussion um die Aktion ist noch nicht abgeschlossen. Ernstzunehmende Bedenken, Kritik und Anregungen sollen ans Friedensbüro gerichtet werden.

**Vorbereitungstreffen am
Sonntag, 23.8.87 um 17 Uhr im Gemeindehaus Bell.**

Kontakt: Friedensbüro Kastellaun, Bopparder Str.25, 5448 Kastellaun, Tel.: 06762-6075

* Arsbeck / Geilenkirchen

Die Initiative "Christen blockieren Pershing I A" ruft ordinierte Theologen, Priester, Pfarrer/innen und kirchliche Mitarbeiter/innen auf, sich an einer **Blockade-Aktion am 12. Oktober 87 in Arsbeck / Geilenkirchen** (bei Mönchengladbach) zu beteiligen.

Aus dem Aufruf: *Die dort stationierten Pershing I A-Raketen sollen von der derzeit diskutierten 00-Lösung ausgenommen werden und stehen daher in besonderer Weise für das Festhalten der Regierenden an Abschreckung und Drohung zur "Sicherung" des Friedens.*

Wir wollen durch unsere Aktion deutlich machen: Frieden als zentraler Begriff der Bibel und des christlichen Glaubens meint auch den Frieden auf der Erde und ist nicht zu erringen durch militärische Absicherung, sondern durch Umkehr, durch Versöhnung und Vertrauen auf Gottes Treue.

Ein Vorbereitungstreffen findet am 28. September 87 um 10 Uhr in der "Hütte der Begegnung" in Übach-Palenberg statt.

Kontakt: Birgit Wulfmeier-Pötzsch, Mozartstr. 12, 4200 Oberhausen 11, Tel. 0208-600771

Aufruf zur Demonstration am 25. Oktober 1987 in Brüssel

Am 9.12.1979 demonstrierten zehntausende Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern durch die Straßen von Brüssel aus Protest gegen die Pläne zur Stationierung neuer Mittelstreckenatomwaffen in Europa. Dies war die erste in einer langen Reihe von Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß und für den Abzug aller Raketen aus Ost- und West-Europa.

Es gibt nichts mehr, was einem Abkommen im Weg stehen sollte. Wenn die Pershing II, Cruise Missile, SS 20, SS 21/22/23 beseitigt werden, wird dieses das Ergebnis dauerhaften Drucks der öffentlichen Meinung und ein Erfolg der Friedensbewegungen sein. Ein solches Abrüstungsabkommen muß jetzt abgeschlossen und in die Tat umgesetzt werden.

Am 25. Oktober 1987 organisiert die Belgische Friedensbewegung -VAKA, OCV, CNAPD und CPD - erneut eine Großdemonstration in Brüssel. An diesem Tag soll Brüssel, die Hauptstadt Europas und Hauptquartier der NATO, zum Treffpunkt der europäischen Friedensbewegungen werden.

Während nun ein Abkommen zu den Euro-Raketen näher rückt, müssen wir verdeutlichen, was die öffentliche Meinung gegenüber denjenigen ist, die ein solches Abkommen als Vorwand für die Vergrößerung der konventionellen und/oder chemischen Waffenarsenale mißbrauchen möchten.

Dies ist die erste Chance, die wir haben, um Fortschritt hin zu realer Abrüstung zu erzielen. Um weiter erfolgreich zu sein, brauchen wir die Entwicklung eines neuen Konzeptes für die Sicherheit der Völker in Ost- und West-Europa.

Im Geiste von Helsinki, der zur Verabschiedung von Abkommen über Sicherheit und Kooperation in Europa geführt hat, fordern wir, daß die Verhandlungen in Genf, Stockholm und Wien zu einer Reduzierung der konventionellen Waffenarsenale in Europa, der Entfernung taktischer Atomwaffen und dem vollständigen Verbot chemischer Waffen in Europa führen sollen.

Wir betonen, daß ein Abkommen über die Euro-Raketen der erste Schritt in einem Abrüstungsprozeß sein muß, der mittels Verhandlungen zu einem atomwaffenfreien Europa und der völligen Beseitigung aller Atomwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel führen soll. Die Atommächte sollen umgehend ihre Atomtests stoppen und sich gegen eine Stationierung von Waffen im Weltraum entscheiden.

Gemeinsame Sicherheit ist ebenso ein ziviles Problem. Ereignisse wie Tschernobyl und die chemische Verseuchung des Rheins haben uns gezeigt, daß die Probleme der Gegenwart über die nationalen Grenzen hinausreichen und ganz Europa betreffen.

Abrüstung ist nicht einfach eine Frage des Aufrechnens der Streitkräfte beider Seiten. Wir brauchen eine Neuordnung unserer Wirtschaften, die eine Priorität für nichtmilitärische, sozial nützliche Produktion ermöglicht, damit unsere Länder und die Völker der Dritten Welt sich gemeinsam in Frieden weiterentwickeln können.

Mehr als je zuvor müssen wir abrüsten, um uns überhaupt weiterentwickeln zu können!

VAKA (Vlaams Aktiekomitee tegen Atoomwapens), OCV (Overlegcentrum voor de Vrede), CNAPD (Comité National d'Action pour la Paix et le Developpement), CPD

Übersetzung: Peter Brollik

Anzeige

Aktion Friedenskerze

Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß die finanziellen Mittel für Aktionen (Presseinfos, Flugblätter, Demos, Plakate, ...) trotz zahlreicher Spenden nicht ausreichen. Mit dem Verkauf der **Friedenskerze** könnt Ihr einen Teil der Kosten finanzieren. Durch den Kauf der Kerze kann jeder Eure Aktion direkt unterstützen und erhält gleichzeitig einen realen Gegenwert.

Ihr bekommt die Kerze für DM 2,95 pro Stück und solltet sie für ca. DM 3,95 wieder verkaufen. Da wir die Kerzen selbst anfertigen, können wir Euch diesen günstigen Preis weitergeben. Die Mindestbestellmenge beträgt 50 Stück. Lieferung erfolgt per Nachnahme.

Abnahmemenge: 50-149 Stück DM 2,95 zuzügl. Versandkosten, ab 150 Stück DM 2,95 frei Haus

Bestellungen bitte schriftlich an: **Eduard Pawellek, AV-Kerzen, Fabrik-Str. 7-9, 7101 Abstatt, Tel.: 07062-6824**

Absender und evtl. Telefonnummer nicht vergessen!

Brenndauer ca. 20 Stunden

Farbe lila oder blau mit weißer Taube





Liebe engagierte und besorgte Zuhörer

Auch als Nobelpreisträger weiß man nicht alles - insbesondere kennt man nicht die Abhängigkeiten und Randbedingungen, die politische Entscheidungen beeinflussen. Aber als logisch denkender Mensch weiß ich mit Sicherheit, daß das Wettrüsten und das Anhäufen von zehntausenden von atomaren Sprengköpfen in den Arsenalen der Großmächte und insbesondere die Gefahr einer unkontrollierten Ausbreitung atomarer Waffen nicht mehr dem Konzept der Friedenssicherung durch Abschreckung dient, sondern in wachsenden Maße eine Bedrohung der Menschheit darstellt.

Als Physiker kann ich ungefähr abschätzen, welche Folgen der militärische Einsatz von Atomwaffen haben würde. Und diese Konsequenzen sind so unfaßbar, daß die meisten Menschen dieses Problem einfach ignorieren. Ich möchte nichts verniedlichen, aber der Unfall von Tschernobyl und die Diskussion um die Sicherheit von Kernkraftwerken sind nahezu bedeutungslos im Vergleich zu den Folgen eines Atomkrieges. Wenn es nicht gelingt, innerhalb einer relativ kurzen Zeit die Atomwaffenarsenale in einer kontrollierten Weise abzubauen und die Weiterverbreitung der Nuklearwaffen wirksam zu unterbinden, so wird es zwangsläufig zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen - ob durch menschliches Versagen, durch die Tat eines Verrückten oder als Folge eines ideologischen Sendungsbeußtseins.

Gerade Wissenschaftler haben mehrfach Vorschläge gemacht, wie man auf eine realistische Art und Weise Wege aus dem Wettrüsten finden kann. Beim internationalen Friedenskongreß der Naturwissenschaftler im November letzten Jahres in Hamburg wurden z.B. ausgewogene Vorschläge zur Abrüstung unterbreitet, wobei ein wesentlicher eine einschneidende Verringerung der Zahl der Atomwaffen war. Eine große Enttäuschung für die Wissenschaftler in der BRD war, daß ihre Aktivitäten pauschal als kom-

munistisch infiltriert disqualifiziert wurden, so wie es auch den Ärzten oder kürzlich den Sportlern bei ihren Friedensinitiativen ergangen ist. Nun, die doppelte Null-Lösung ist ein hoffnungsvoller Anfang und jedermann sollte daran interessiert sein, daß möglichst bald eine vertragliche Vereinbarung getroffen wird. "Ich glaube, daß wir eine gute Chance haben, den Start der völligen Eliminierung nuklearer Waffen zustande zu bringen." Auf die Erfüllung dieser Aussage des amerikanischen Präsidenten sollten wir hinarbeiten.

Friedenssicherung bedeutet nicht nur die Reduzierung von Waffen, sondern hauptsächlich auch die Abschaffung von Feindbildern. Jeder Einzelne kann versuchen dazu beizutragen, und ich glaube, die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Grundlagenforschung könnte ein Vorbild sein. Hier wird über politische und ideologische Grenzen hinweg zusammengearbeitet, und der persönliche Kontakt ist der beste Weg zum Abbau von Feindbildern. In gewisser Weise bin ich stolz, daß gerade meine Forschungsarbeiten in das Arbeitsprogramm eines Weltlaboratoriums aufgenommen wurden, welches voraussichtlich in Moskau am Leninsky Prospect seinen Sitz haben wird. Eine Aufgabe der Weltlaboratorien ist es, durch internationale Zusammenarbeit dem Frieden zu dienen.

Aber das größte Problem zur Zeit ist, daß die meisten westlichen Politiker zu spät gemerkt haben, daß Herr Gorbatschow ernsthaft auf den Friedensnobelpreis hinarbeitet - und darauf sind viele neidisch. Wenn man jemandem den Erfolg neidet, so gibt es zwei Reaktionsmöglichkeiten. Entweder versucht man, den Erfolg zu sabotieren - das wäre ein sehr schlechter Weg - oder man hängt sich an den Erfolg an. Diesen Weg würde ich empfehlen. Und ich möchte darauf hinweisen, daß Nobelpreise auch geteilt werden können. Deshalb mein Rat: Strengt Euch mehr an!

Die Chance ist da.

Erklärung der Friedenskundgebung vom 13. Juni, Bonner Hofgarten

Die Chance ist da.

Wenn wir jetzt nicht lockerlassen, könnten zum ersten Mal in der Geschichte moderne Waffen abgerüstet und verschrottet werden. Ohne unsere jahrelange Friedensarbeit wäre es nicht soweit gekommen.

Die NATO-Regierungen stehen unter Druck, sie müssen bei neuen Aufrüstungsplänen mit einer kritischen Öffentlichkeit rechnen.

Die Sowjetunion hat unsere Forderung aufgegriffen: sie will die Aufrüstungsdynamik durchbrechen.

Wir stehen hier für die Mehrheit der Bevölkerung.

90% fordern: Jetzt weg mit den atomaren Mittelstreckenraketen!

Noch aber ist keine Rakete abgebaut! Die Heckenschützen gegen ein wirkliches Abrüstungsabkommen diesseits und jenseits des Atlantiks schlafen nicht.

Darum fordern wir von Bundestag und Bundesregierung: Leistet endlich einen eigenen Beitrag zum Einstieg in die Abrüstung! Hebt den Stationierungsbeschluss von 1983 für Pershing II und Cruise Missiles wieder auf! Sorgt für den sofortigen Abzug und die Verschrottung der Raketen!

Doch im Moment drücken sich alle vor diesem Schritt zur Abrüstung.

Die Bundesregierung hat nicht Ja zur "doppelten Null-Lösung" gesagt. Wer diesen Eindruck erweckt, lügt!

Denn wer die Pershing IA mit ihren Atomsprengköpfen behalten will, will die "doppelte Null-Lösung" verhindern. Null plus Null ist nicht IA, Herr Bundeskanzler! Wer Pershing IA sagt, will auch Pershing IB sagen. Wer die Pershing I behalten will, will eigene Atomwaffen, will sich damit auch an einer westeuropäischen Atomstreitmacht beteiligen.

Wir sagen der Bundesregierung: Nicht mit uns!

Wir fordern auch von den Oppositionsparteien, die heute zu uns gesprochen haben:

- * Laßt nicht zu, daß die Regierung nicht handelt, weil in Genf verhandelt wird!
- * Laßt nicht zu, daß um- oder aufgerüstet wird - weder atomar noch konventionell!

Sozialdemokraten und Grüne, Ihr seid von vielen für Abrüstung gewählt worden. Jetzt kämpft auch dafür!

Ohne das Ende der militärischen Konfrontation gibt es keine Überlebenschance. Deshalb:

- * Stoppt den Krieg der Sterne!
- * Vernichtet die chemischen Waffen!
- * Beginnt mit der Abrüstung der angeblich "konventionellen" Massenvernichtungsmittel!
- * Beendet die Atomtests!
- * Hört auf mit der militärischen Atomwirtschaft in Kalkar, Gronau, Hanau und Wackersdorf!

Wir wollen raus aus der unfriedlichen Atompolitik!

Wir wollen ein Europa des Friedens!

Wir wollen gemeinsam mit den anderen Völkern an einer lebenswerten Zukunft arbeiten. Wir wollen eine Politik,

Wissenschaft und Forschung, die für soziale Gerechtigkeit und für die Erhaltung der Natur sorgt. Wir wollen die Gleichberechtigung aller Geschlechter, Rassen und Völker.

Wir wissen, die Herrschenden in diesem Land werden das nicht freiwillig tun. Doch die Menschen hier merken, wie sie belogen werden.

Wir wollen raus aus der Politik der Abschreckung. Wir glauben nicht an die Logik des Aufrüstens, um abzurüsten.

Für uns gibt es nur eine Friedenspolitik: Frieden schaffen ohne Waffen!

Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Menschen in unserer Wissenschaft beteiligen sich nicht an Rüstungsforschung. Männer und Frauen verweigern den Kriegsdienst. Lehrerinnen und Lehrer engagieren sich gegen die Militarisierung und erziehen zum Frieden. Beschäftigte in Rüstungsbetrieben erarbeiten friedliche, umweltfreundliche und sozial nützliche Alternativen zur Waffenproduktion. Städte, Gemeinden und Vereine knüpfen Partnerschaften zwischen Ost und West und bringen alte Feindbilder zum Einsturz.

Die Bundesregierung soll wissen: Solange Waffen in der Bundesrepublik stehen, werden wir dagegen angehen.

Im Herbst werden wir gemeinsam mit Menschen aus unseren Nachbarländern für atomwaffenfreie Zonen marschieren. Wir werden an Atomwaffenstandorten demonstrieren und mit Aktionen zivilen Ungehorsams den Militärbetrieb stören.

So wie es bei den angekündigten Demonstrationen in London, Brüssel und Amsterdam werden auch wir mit unseren Aktionen fordern: Schafft ein entmilitarisiertes Europa!

Unser Anfang war das Nein zu Pershing II und Cruise Missiles. Die sind noch nicht weg. Jetzt muß der Schritt zu den "Null-Lösungen" durchgesetzt werden. Aber unser Engagement wird weitergehen:

- * statt den Weltraum aufzurüsten müssen die Probleme auf der Erde gelöst werden,
- * statt Steuergelder an Rüstungskonzerne zu verschwenden müssen die Rüstungsausgaben gekürzt werden,
- * statt unsere Gesellschaft zu militarisieren muß das Recht zur Verweigerung aller Kriegsdienste anerkannt werden,
- * statt mit Waffenexporten den Tod aus unserem Land nach Südafrika, Lateinamerika, Iran und Irak oder anderswo zu bringen müssen gerechte Beziehungen mit den Völkern der "Dritten Welt" aufgebaut werden.

Wir sind aufgestanden gegen die atomare Bedrohung. Wir werden weitergehen, bis eine Welt ohne Waffen Wirklichkeit geworden ist. Es gibt viel zu tun, machen wir den ersten Schritt.



Zu den Grußworten von SPD und Grünen:

Ein Ziel der Demonstration am 13. Juni war, die Breite der Friedensbewegung öffentlich zu machen. Nachdem auch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Ende Mai beschloß, die Demonstration zu unterstützen, wurden die Fraktionspitzen der beiden Oppositionsparteien im Bundestag eingeladen, Grußworte zu halten. Diese Entscheidung war im Koordinierungsausschuß nicht unumstritten.

Für die Einladung sprach, daß gerade die Auseinandersetzung mit den Parteien "auf offener Bühne" die Kontroversen sichtbar werden ließe. Die Friedensbewegung könne dadurch die Parteien aus einer selbstbewußten Position heraus fordern und durch die anderen Redebeiträge werde die Position der Friedensbewegung stark genug dagegengesetzt.



Den ersten Schritt tun Atomraketen verschrotten!



Demonstration
der Friedensbewegung
am 13. Juni in Bonn

Dagegen sprach, daß prominente ParteipolitikerInnen das Bild und die Aussage der Demonstration in der Öffentlichkeit prägen könnten. Gerade jetzt sei es notwendig, die über den Abzug einer Waffengattung hinausreichenden eigenen Perspektiven der Friedensbewegung deutlich zu machen. SprecherInnen von Parteien, die zwar die "Nulllösung" befürworten, aber weiterhin die Abschreckungslogik unterstützen, seien schädlich, weil sie den Eindruck vieler Menschen im Lande bestärkten, die Regierungen und Parteien hätten die Sache der Abrüstung endlich selbst in die Hand genommen und eigenes Handeln sei nicht mehr erforderlich.

Auch im Rückblick nach der Demonstration konnte keine Einigung darüber erzielt werden, ob es gelungen ist, die kritische Distanz der Friedensbewegung zu den Parteien in der Kundgebung deutlich zu machen oder ob der Eindruck entstanden ist, daß die Parteien jetzt die Bewegung repräsentieren.



Was kostet die Verschrottung der Atomwaffen ?

Millionen Mark könnten eingespart werden, wenn die atomaren Mittelstreckenraketen ersatzlos verschrottet würden. Wieviel genau wissen wir nicht.

Dafür wissen wir, wie teuer eine Demonstration für die Abrüstung ist: ca. 160.000,- DM.

Im April haben wir uns kurzfristig für die Demonstration am 13.6. in Bonn entschlossen. Die politische Lage machte unser Eingreifen erforderlich. Mit der Aktion lagen wir richtig; knapp 2 Wochen nach der Regierungserklärung, die den Menschen Sand in die Augen streuen sollte, hat die Friedensbewegung im Bonner Hofgarten eine klare Antwort gegeben.

Die kurze Zeit bis zur Demonstration reichte aber nicht, um wie üblich über Materialverkauf und Unterstützungsbeiträge alle Kosten zu decken. Plakate, Zeitungen, zusätzliche Rundbriefe, Aufkleber, Buttons mußten produziert, Bühnen und Lautsprecheranlagen, Mietfahrzeuge, Telefon-, Strom- und Wasseranschlüsse, Fahrtkosten, Toilettenwagen, Müllcontainer, Zelte, Verpflegung, technische Geräte, Pressearbeit, Sanitäter und hunderte weitere "Kleinigkeiten" organisiert und bezahlt werden. Gleichzeitig sind die normalen Bürokosten weitergelaufen.

Obwohl wir äußerst sparsam gewirtschaftet haben, ist ein Defizit von etwa 20.000,- DM zu befürchten.

Gleichzeitig versucht die Bonner Universität, den Koordinierungsausschuß mit einer Prozeßwelle um die Hofgartenwiese in den finanziellen Ruin zu treiben. Ohne finanzielle Absicherung wird der Koordinierungsausschuß den juristischen Kampf um das Demonstrationsrecht in der Bundeshauptstadt nicht durchhalten können.

In diesem Herbst werden vor allem regionale und lokale Aktionen der Friedensbewegung stattfinden. Der Koordinierungsausschuß will für und über diese Aktivitäten Informations- und Argumentationsmaterial anbieten, die Diskussion der Friedensbewegung über ihre weitere Arbeit und Perspektive koordinieren und die Aktions- und Strategiekonferenz der Friedensbewegung am 28./29. November 87 vorbereiten.

Die bereits eingeleiteten einschneidenden Sparmaßnahmen werden allein nicht reichen, die geplanten Projekte zu finanzieren. Wir brauchen die finanzielle Hilfe aller, denen die Arbeit des Koordinierungsausschusses wichtig ist.

Bitte helft uns - mit einmaligen Spenden, durch regelmäßige Beiträge und/oder durch Spendenbitten im Bekanntenkreis für die bundesweite Koordinierung. Für uns zählt jeder Pfennig und jede Mark.

Spendenkonto für den Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung:
Gerd Greune Skto Frieden (KA), Konto 87 783 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)

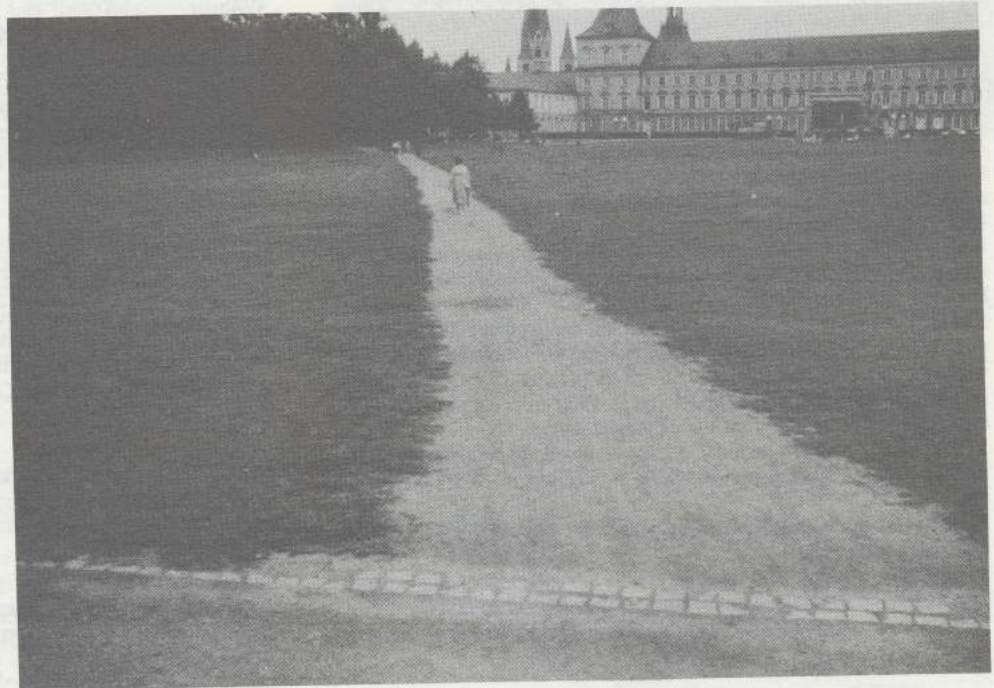
Bonner Uni im Kampf gegen das Demonstrationrecht

Prozeßwelle gegen Koordinierungsausschuß und Friedensbewegung?

Die Kundgebung im Bonner Hofgarten mußten wir im Rechtsstreit gegen die Universität durchsetzen. Jetzt versucht die Uni, den Koordinierungsausschuß mit einer Prozeßwelle in den finanziellen Ruin zu treiben.

Schon vor der Demonstration hatte die Uni beim Bonner Landgericht eine Verbotsverfügung und die Androhung von 500.000,- Ordnungsgeld gegen den Anmelder erreicht. Die Störmanöver der Uni haben neben der Irritation vieler Menschen, ob die Demonstration verboten sei, auch eine erhebliche Kostensteigerung und organisatorischen Mehraufwand bewirkt.

Obwohl die Uni im Eilverfahren auf der Ebene der Verwaltungsgerichte (OVG Münster) unterlag und die Kundgebung auf der Hofgartenwiese dulden mußte, entschied die 10. Zivilkammer beim Landgericht am 10. Juli, daß die Klage der Eigentümerin auf Unterlassung berechtigt gewesen sei. Die Folgen: ca. 7000 DM Gerichtskosten für den Koordinierungsausschuß und eine nach wie vor ungeklärte Rechtslage. Ein Vorgehen gegen diese Entscheidung auf der zivilrechtlichen Ebene würde ein weiteres Kostenrisiko von 15.000 - 20.000 DM bedeuten.



Streitobjekt Hofgarten vor der Demonstration: zu schützender Rasen.

Gleichzeitig betreibt die Universität auf der Ebene der Verwaltungsgerichte das Hauptsacheverfahren. Wenn die Friedensbewegung ihren Anspruch auf Demonstrationen in der Bundeshauptstadt nicht aufgeben will, muß der KA das Risiko von weiteren 6000 - 7000 DM Gerichtskosten eingehen, kann es sich aber wegen des derzeitigen Defizits nicht leisten.

Als sei das alles noch nicht genug, droht die Uni jetzt noch mit einer weiteren Klage, da sie der merkwürdigen Auffassung ist, als Eigentümerin der Wiese stünden ihr die von den Ständebetreibern an den KA gegebenen Spenden zu. An die von ihr während der Kundgebung registrierten Ständebetreiber (der KA kann der Uni die gewünschten Adressen nicht geben) schickt sie Drohbriefe, um Auskünfte über geleistete Spenden und Zahlungen einer "Standgebühr" an die Uni zu erreichen. Unser Standpunkt: Alle, die auf der Hofgartenwiese gespendet haben, wollten für die Kosten der Demonstration spenden und nicht für die Unibürokratie! Deshalb empfehlen den Betroffenen dringend, keinerlei Auskünfte zu geben und kein Geld an die Uni zu zahlen. Der KA hatte für den Tag das volle Hausrecht auf dem Hofgarten und wir haben an die Stadt Bonn für alle Eure Stände pauschal die Gewerbegebühren entrichtet. Es wird sicher zu einem Prozeß zwischen KA und Uni kommen. Falls Ihr am 13.6. Geld an die Uni bezahlt haben solltet, sagt uns bescheid, wir fordern es für Euch zurück.

Die Universität muß sich fragen lassen, wessen Interesse sie mit ihrem Verhalten eigentlich wahr nimmt, statt sich um vernünftige Ausbildungsmöglichkeiten zu kümmern - sicher nicht das der Bonner Studentenschaft! All diese kleinmütigen, schäbigen Versuche einer Seilschaft der Bundesregierung im akademischen Senat der Uni, die Friedensbewegung über finanzielle und juristische Pressalien zur Strecke zu bringen, dürfen keinen Erfolg bekommen!

Der Koordinierungsausschuß will -gemeinsam mit anderen- den Streit um das Demonstrationrecht im Bonner Hofgarten auch juristisch durchführen. Entscheidend wird dabei das langwierige Hauptsacheverfahren vor den Verwaltungsgerichten. Dazu brauchen wir die Hilfe all derer, die für die Versammlungsfreiheit als unveräußerliches Grundrecht eintreten.

Die Schlacht im Herbst

Im Herbst 1987 wird Europa vom größten NATO-Manöver aller Zeiten aufgeschreckt werden: "Certain Strike" (zweifelloser/sicherer Angriff!). Fünf Länder liefern insgesamt 78.000 Soldaten, um - nach den neuesten NATO-Kriegsführungsstrategien - in der BRD den 3. Weltkrieg zu üben. Vorher läuft die größte "Reforger"-Übung der Geschichte: 35.000 US-Soldaten müssen innerhalb weniger Tage zur deutschen Front gebracht werden.

Reforger

Während des Vietnam-Krieges zogen die USA einige Divisionen aus der BRD zurück - sie brauchten Nachschub. Diese Maßnahme stieß auf heftige Kritik bei den NATO-Partnern, v.a. weil sie eine Untergrabung der Strategie der *flexible response* bedeutete, eine Strategie, deren Glaubwürdigkeit von einem ausreichenden Kriegsführungspotential in Europa abhängig ist.

Die USA schlossen daraufhin mit der BRD und Großbritannien eine Übereinkunft, in der festgeschrieben wurde, daß insgesamt 6 US-Divisionen sog. *dual-based-divisions* seien, Divisionen also mit zwei Standorten: einem in den USA und einem an der Front in der BRD. Im Krisen- oder Kriegsfall sollten diese nach Europa zurückgebracht werden. Es wurde vereinbart, diese Übersiedlung jährlich unter dem Namen *Return-Forces-to-Germany* (Reforger) zu üben.

Nach der Einführung des US-Kriegsführungskonzeptes *Air-Land-Battle* und später der NATO-Doktrin *Follow-on-forces-attack* kam ein neuer Aspekt hinzu: für die erfolgreiche Durchführung dieser Konzepte war es nötig, die NATO-Truppen in kürzester Zeit kriegsführungsfähig zu machen. Dazu entwickelte der Oberbefehlshaber der NATO und der US-Truppen in Europa General Bernhard Rogers 1982 den *Rapid-reinforcement-plan*. Dieser Plan hat drei Zielsetzungen:

1. Ein Teil der dual-based-Divisionen muß in Krisenzeiten innerhalb von 48 Stunden vollständig bewaffnet an der Front stehen.
 2. Der Rest der sechs Divisionen muß innerhalb von 10 Tagen an Ort und Stelle sein.
 3. Soldaten anderer Divisionen sowie Ersatzwaffen und -munition dürfen nicht länger als 30 Tage auf sich warten lassen.
- Um das zu ermöglichen, sollte schon in Friedenszeiten ausrei-

chendes Kriegsführungsmaterial in Europa gelagert sein. Deswegen befinden sich im Rahmen des *wartime-host-nation-support*-Abkommen in der BRD Waffen und Munition für 4 Divisionen, in den Benelux für 2 Divisionen.

Der Ablauf

Reforger fängt an mit einem Mobilisierungsbefehl des NATO-Oberbefehlshabers. Es handelt sich hier "bloß" um eine beschränkte Mobilisierung: nicht alle sechs Divisionen nehmen an der Übung teil.

Die mobilisierten Soldaten werden mit militärischen Transportflugzeugen und angeforderten Zivil-Flugzeugen nach Europa gebracht, begleitet von Jagdflugzeugen der US-Luftwaffe.

Währenddessen wird per Schiff das Ersatz-"Material" (Waffen, Menschen, Munition) in Antwerpen, Rotterdam und Bremerhaven angeliefert.

Die diesjährige Reforger-Übung ist wie gesagt die größte in der Geschichte. Zum Vergleich: 1983 übten 16.000, 1985 waren es 18.600, 1986 21.000 US-Soldaten. Neben den USA wird sich auch Großbritannien mit 15.000 Soldaten an der Übung beteiligen.

Das Ganze spielt sich ab im Zeitraum vom 31.8. - 13.9.1987, anschließend findet dann der *Zweifellose Angriff* statt: Vom 7. - 20.9. werden 78.000 Soldaten aus den USA, der BRD, Belgien, den Niederlanden und - pikant, pikant - aus dem Nicht-NATO-Staat Frankreich die Bundesrepublik als Schlachtfeld benutzen. Das Manöver wird koordiniert werden vom Hauptquartier des AFCENT (*Allied Forces Central Europe*) in Brunssum (Niederlande).

Niederländische Antimilitaristen überlegen sich entsprechende Aktionen gegen diese Kriegsvorbereitung und würden dabei gerne zu einer Zusammenarbeit mit bundesdeutschen Gruppierungen kommen.

Weitere Informationen:

AMOK-Sekretariat, Esdoornstraat 14, Utrecht
Niederlande, Tel.: 0031-30442122

Beutegut und Kriegsgefangene der Bundeswehr

Staatsanwaltschaft ermittelt im Hunsrück

Ganz so schlimm, wie von Verteidigungsminister Wörner immer vorgejammert kann es mit der konventionellen Unterlegenheit der Bundeswehr nicht sein. Den Hunsrücker Friedensinitiativen liegen Dokumente vor, nach denen sich das Heer der Bundeswehr Gedanken um die Behandlung von Kriegsgefangenen und Beutegut macht. Darin wird die Verwendung eines "standardisierten" Anhängers aus Karton "zur Identifizierung von Kriegsgefangenen (KGF), Beutematerial und Beutedokumenten" beschrieben. Jede Dienststelle und Teileinheit soll zunächst 50 Anhänger "bevorraten". Das werde u.a. "die Gewinnung von Nachrichten und Informationen über den Feind" erleichtern.

Die erste Veröffentlichung dieser Dokumente (*VS-Nur für den Dienstgebrauch*) rief die Staatsanwaltschaft auf den Plan. Unbekannte hatten Kopien an die Mauer der Cruise-Missile-Raketenstation bei Hasselbach geklebt. Jetzt wird "gegen Unbekannt" ermittelt.

Schluß mit dem Golf-Krieg

Kriegsschiffe der USA begleiten kuweitische Tanker durch den Golf, um sie vor iranischen Angriffen zu "schützen". Das mag kaum mehr überraschen, denn in ihrer großmächtigen Manier haben die USA ja den Persischen Golf zu einem ihrer Interessengebiete erklärt, in dem sie schalten und walten wollen, wie es ihnen beliebt.

Wenn dies schon übel genug ist, ist umso weniger begreiflich, daß sich Verteidigungsminister Wörner und seine Truppe intensiv Gedanken darüber machen, wie sie den USA bei ihrem Golf-Abenteuer zu Hilfe kommen können. Da ein direkter Einsatz der Bundesmarine politisch zu brisant erscheint, sollen andere Wege gefunden werden. Gedacht wird insbesondere mal wieder an eine "Entlastung" der USA im Nordatlantik. Die Bundesmarine soll Aufgaben übernehmen, die bisher von US-Schiffen wahrgenommen wurde, die dann im Persischen Golf eingesetzt werden sollen.

Ob direkt oder indirekt - jede Art militärischer Hilfeleistung für US-Abenteuer im Golf bedeutet, Öl ins Feuer zu gießen und krisenverschärfende Einmischungen der USA zu rechtfertigen. Aber das ist nicht etwa ein "Ausrutscher" eines entgleitenen Kriegsministers, sondern paßt zum Gesamtbild. Denn nicht zuletzt wird der iranisch-irakische Krieg mit bundesdeutschen Waffen geführt!

Wer will, daß "Nie wieder Krieg von deutschem Boden" ausgeht, muß auch dafür sorgen, daß die Waffen für die Kriege in der Welt nicht von deutschem Boden exportiert werden!

Neue Verfahren wg. Blockade-Aufruf

Die Berufungsinstanz Bad Kreuznach wertet die Blockade der Cruise-Missiles-Basis vom November lediglich als Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung. Nach der Revision in Koblenz könnte der Bundesgerichtshof zur "Verwerflichkeit" (= Strafbarkeit) von gewaltfreien Sitzblockaden nach den neuen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ein Grundsatzurteil sprechen. Justizminister Engelhard hat bereits ein Sondergesetz zur generellen Strafbarkeit von Sitzblockaden in der Schublade und hofft auf ein "Umkippen" der FDP beim Parteitag am 5./6. September.

Kaum hatte Oberstaatsanwalt Halfmann das erste Berufungsverfahren in Bad Kreuznach verloren, griff er tief in die juristische Trickkiste und zauberte ein Ermittlungsverfahren gegen die "Hunsrück-Koordinierung" und alle Unterzeichner/innen des Aufrufs zur Mai-Blockade. Die Ermittlungen wegen Paragraph 111 (Aufruf zu einer Straftat) in Verbindung mit Paragraph 240 StGB (Nötigung) führt die Bonner Staatsanwaltschaft. Damit versuchen die Behörden erstmals außerhalb Bayerns, "abschreckende" Urteile nicht nur gegen die ca. 50 bei der Mai-Blockade Festgenommenen zu erreichen, sondern alle mit Strafmaßnahmen einzuschüchtern, die sich zu den Aktionen Zivilen Ungehorsams bekennen. Die Blockadeaktionen entwickeln sich offenbar zum ernstesten Störfaktor für den reibungslosen Betrieb der Kriegsmaschinerie in den Stationierungsorten. Die Betroffenen sind entschlossen, sich durch die Kriminalisierungsversuche nicht einschüchtern zu lassen und die entsprechenden Gerichtsverfahren wie die Blockadeprozesse bis zum endgültigen Freispruch durchzufechten. Der nächste Aufruf kommt bestimmt.

Frauen in die Bundeswehr - Wir sagen Nein!

Aus den großen Schlagzeilen ist das Thema weitgehend verschwunden, und doch verging kaum ein Monat, in dem es nicht von der einen oder anderen Partei, dem/der einen oder anderen Politiker/in in die Diskussion gebracht wurde, seitdem es 1978 zum ersten Mal auf der politischen Tagesordnung stand: Die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr.

Über nun fast zehn Jahre wurden die sich als "heißes Eisen" entpuppenden Pläne ständig am Kochen gehalten, wenn auch über weite Strecken auf Sparflamme. Die Gewichtung der Argumentation verlagerte sich dabei über die Jahre: Wurde ursprünglich die Notwendigkeit der Einbeziehung in Frauen in die Bundeswehr überwiegend mit "Pillenknick" und daraus resultierendem Nachwuchsmangel begründet, so blieben im Laufe der Zeit fast ausschließlich die vermeintlichen Anliegen "Friedenssicherung durch Bundeswehr" und "Emanzipation" im Vordergrund der Argumentation. Die Befürworter/innen reagierten damit geschickt auf die breite und mit viel Nachdruck zum Ausdruck gebrachte Ablehnung jeder militärischen Verplanung von Frauen durch die Öffentlichkeit - Frauen, Mädchen, Männer, Parteien, Gewerkschaften, Einrichtungen der Kirche und nicht zuletzt die Frauen- und die Friedensbewegung. Aus gleichem Grund wurde das Thema in den letzten Jahren zunehmend von Politikerinnen in der Öffentlichkeit vertreten, traten Frauen als Verfechterinnen eines fargwürdigen "Emanzipations"anliegen auf. So die Initiative "Frauen zum Bund", eine willkürliche Konstruktion von politischen Freunden und Freundinnen des Verteidigungsministeriums, die im November letzten Jahres als eine scheinbar politisch unabhängige und allein vom Gleichberechtigungsgedanken getriebene "Basisinitiative" von Frauen und Mädchen auf den Plan trat. So auch die parlamentarische Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, Agnes Hürland (CDU), die vor wenigen Wochen den jüngsten Vorstoß in Richtung "Frauen in die Bundeswehr" machte. Ihr Vorschlag: Frauen sollen ab 1990 "versuchsweise" und "auf freiwilliger Basis" - zum Beispiel als Sportlehrerinnen - in die Bundeswehr "aufgenommen" (!) werden.

Der wahre Grund für das Festhalten an einer Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr liegt weder in einer personellen Misere noch in einem Bemühen um Gleichberechtigung. Durch



Am 14. Juni 1987 - einen Tag nach der Demonstration in Bonn - bildeten mehr als 100.000 Menschen eine Friedenskette durch Paris. Vor dem "Arc de Triomphe" wehte auch das Transparent vom Hofgarten. In einem Gruß hat der Koordinierungsausschuß die Notwendigkeit intensiver Zusammenarbeit mit den französischen Friedensgruppen betont, nicht zuletzt um die unheilige Allianz der Atom- und Militärschlichter beider Länder nicht unbeantwortet zu lassen. An der Friedenskette und einer Veranstaltung "Beendet alle Atomwaffenversuche jetzt" nahmen eine Reihe von westdeutschen Friedensgruppen teil.



Frauen soll uns Militär als "sympathisch", "menschlich", "normal" u.a.m. nahegebracht werden, soll die distanzierte und zunehmend kritische Haltung größerer Teile der Bevölkerung aufgeweicht werden. Frauen in die Bundeswehr - ob verpflichtet oder freiwillig, ob als Soldatin oder Sportlehrerin - das bedeutet einen weiteren Schritt hin zur Militarisierung unserer Gesellschaft.

Der bald neun Jahre anhaltende Protest und Widerstand gegen die militärische Verplanung von Frauen hat dazu beigetragen, daß die Regierenden ihre Pläne bis heute nicht verwirklichen konnten. Abgesehen von ihrer eigenen Uneinigkeit liegt das wesentliche Hindernis dafür in der friedenspolitisch und emanzipatorisch orientierten öffentlichen Meinung. Wachsamkeit, Argumente und Aktivitäten gegen eine Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, für wirkliche Emanzipation und für eine tatkräftige Friedenspolitik durch Abrüstung müssen nach Kräften verstärkt werden, um einen weiteren Schritt hin zur Militarisierung unserer Gesellschaft zu verhindern.

Initiative "Frauen in die Bundeswehr? - Wir sagen Nein!"

Materialien der Initiative sind zu erhalten über "Initiative Frauen in die Bundeswehr? - Wir sagen Nein!", Luxemburger Straße 186, 5000 Köln 41 (Bitte Bestellschein anfordern).

Ein Europa der atomaren Abschreckung?

von Dorothe Piermont

In letzter Zeit wird die Frage der Europäisierung der Sicherheitspolitik kontrovers diskutiert. Dorothe Piermont, MdEP der Grünen, hat uns hierzu einen Beitrag aus ihrer Sicht zukommen lassen.

Gerade die Sozialisten bilden in Frankreich die Speerspitze der Bestrebungen für eine eigenständige Atommacht Europa. Eine von ihnen eingesetzte Expertenkommission stellte am 3. Dezember 1986 ein Szenario für eine mögliche zukünftige Entwicklung Europas vor: Europa als föderativer Staat würde Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik obliegen. Der französische Präsident würde für eine Übergangszeit europäischer Verteidigungsminister, der allein die Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen zu tragen hätte. Längerfristig setze das die Definition einer europäischen Politik der atomaren Abschreckung voraus, so fasst "Le Monde" diese Überlegungen zusammen.

Staatspräsident Mitterand hat sich selbst am 15. 12. 86 bei einem zweistündigen Vortrag vor dem "Royal Institute for International Affairs" in London erläutert, daß "Europäische Verteidigungsgemeinschaft die conditio sine qua non des endgültigen Gelingens Europas sei". Die dort verwendete Argumentationskette von der "unteilbaren Atomwaffe" zur "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" zeigt, daß beide für Mitterand nicht unabhängig voneinander vorstellbar sind.

Auf westdeutscher Seite werden durchaus ähnliche Überlegungen angestellt. Helmut Schmidts Doppelbeschuß griff die Expertenvorschläge wie auch die Gedanken Mitterands gerne auf. Anlässlich der Verleihung des Adolphe-Bentick-Preises schlug er im Februar 1987 in Paris ein integriertes westeuropäisches Verteidigungssystem unter französischem Oberbefehl vor, wobei die französische Atomstreitmacht dem französischen Präsidenten unterstellt bliebe, ihre atomare Schutzzusage aber auf alle beteiligten Länder ausgedehnt werden müsse.

Bei solch trauter, waffenbrüderlicher deutsch-französischer Eintracht kann es nicht wundern, wenn Gerard Fuchs, sozialistischer Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung und Mitglied des Verteidigungsausschusses, zu den weiteren Bausteinen zu einer europäischen Verteidigung auch die Stationierung französischer taktischer Nuklearwaffen in der BRD zählt.

Dieser Vorschlag lag in der Luft, seit Kohl sich mit Mitterand im Februar 1985 Zeitungsmeldungen zufolge geeinigt hatte, daß die ab 1992 in Stellung zu bringenden neuen französischen Hades-Raketen weder bundesrepublikanische noch deutsch-demokratische Ziele anpeilen sollten. Die Hades-Raketen werden eine Reichweite von bis zu 350 km haben und sind als Träger auch von Neutronenwaffen vorgesehen. Deren Serienherstellung wurde offenbar im Rahmen des fünfjährigen militärischen Su-

perinvestitionsprogrammes von ca. 142 Milliarden DM im April dieses Jahres beschlossen. Die Hades-Raketen hätten also schnurstracks über die beiden deutschen Staaten hinweg nach Polen oder in die CSSR fliegen sollen, was bei einer Reichweite von 350 km und Stationierung in Frankreich geographisch unmöglich ist. Also wird an eine Stationierung in der BRD gedacht. Eine solche Entscheidung läge allerdings auch in der Logik des BRD-Verhaltens. Schließlich ist die BRD, genauer die RWE, über die SBK (Schnellbrüter Kernkraftwerk GmbH) am französischen Schnellen Brüter Super Phenix, der mit größter Wahrscheinlichkeit das Plutonium für die Serienherstellung der Neutronenbombe erbrüten wird, mit 11 Prozent beteiligt. Da wäre es aus Sicht unserer Regierenden nur folgerichtig, daß die BRD ihrer Mitverantwortung durch Stationierungsbereitschaft gerecht wird.

Zurück zu unserem Thema. Warum dieses plötzliche Interesse an "europäischen" Atomwaffen und Atommacht-Perspektiven? Vermutlich, weil Gorbatschow vorgeschlagen hat, alle landgestützten atomaren Mittelstreckenwaffen aus Europa abzuziehen, was als Schwächung der NATO verstanden wird, weil er sich aber gleichzeitig einverstanden erklärt hat, die französischen und englischen Potentiale zunächst aus den Verhandlungen auszuklamern. Hier bahnen sich eindeutig mit Aufrüstung verbundene "Ersatzlösungen" an.

Französische Neutronen-Raketen in die Bundesrepublik?

Politische Sprengköpfe großen Kalibers, u.a. Mitterands Berater Hernu und der Fraktionschef der Gaullisten Messmer, beide ehemalige Verteidigungsminister, erläuterten in der TAZ freimütig französische Wünsche zur Stationierung der neuen Hades-Raketen mit Neutronensprengköpfen in der Bundesrepublik.

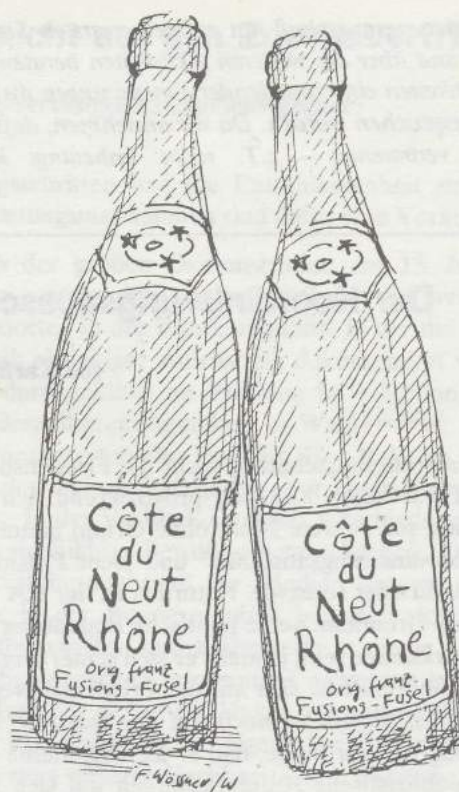
Die Raketen haben eine Reichweite von 350 km. Kanzler Kohl soll mittels "Zweitschlüssel" den Einsatzbefehl gegen Polen (dort liegt Auschwitz) und die CSSR geben. Die CDU wiegelt das brisante Thema (noch) ab. Aber 1978 stimmte sie im Bundestag für die Stationierung der us-amerikanischen Neutronenbombe, deren Produktion Präsident Carter damals wegen der allgemeinen Empörung über die sich hauptsächlich gegen "weiche Ziele" (= Menschen) richtende Strahlenbombe zurückstellte.

Insbesondere Frankreich ist nun durch das sowjetische Vorgehen in Argumentationsnot geraten: Seine Atomstreitmacht ist, so will es die gaullistische Doktrin, autonom und unabhängig. Abrüstungsverhandlungen anderer dürfen sie daher weder interessieren noch berühren. Dennoch war den Force-de-Frappe-Doktrinären natürlich immer klar, daß Grundvoraussetzung ihrer atomaren Abschreckung die Anwesenheit des amerikanischen Atomschirms in Europa war, daß sie insbesondere hinsichtlich der Infrastruktur konkret von der NATO abhängig sind. Genau deshalb hielt Mitterand zum 20. Jahrestag der deutsch-französischen Freundschaft sein flammendes Plädoyer für die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles vor dem Deutschen Bundestag! Daher grassiert in Kreisen französischer Polit-, Militär- und Medienstrategen die schlecht verhohlene Angst, die Verschrottung einiger amerikanischer Waffensysteme könne auf dem Weg zu einer Denuklearisierung Europas auch die Force de Frappe in einen Abrüstungsstrudel mithineinziehen.

Diese Angst ist zum Glück nicht unbegründet. Denn die UdSSR hat durch den Mund Victor Karpovs, Leiter der Abteilung Abrüstung im sowjetischen Außenministerium bereits im April erklärt, daß die "Liquidierung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenwaffen in Europa ein erster Schritt zur Vernichtung aller Atomwaffen auf dem Alten Kontinent sein muß. Und natürlich werden sich Großbritannien und Frankreich diesem Prozeß anschließen müssen."

Im Elysee, dem Amtssitz des französischen Präsidenten versucht man daher, aus der Not eine Tugend zu machen. Mitterand will, so sieht es "Le Monde", vermeiden, daß die "aktuelle Abrüstungsdebatte die Chancen für eine Debatte über die Zukunft einer wirklich europäischen Verteidigung beeinträchtigt, wie sie sich seit einiger Zeit abzeichnet.

Wie aber könnte sich die BRD, die, wenn auch eher unfreiwillig, im WEU-Vertrag 1954 und im Atomwaffensperrvertrag 1974 völkerrechtlich gültig auf Atomwaffen verzichtet hat, diesem europäischen Atom-Duo beigesellen? Ein in die Diskussion gebrachter Vorschlag ist der von Maurice Duverger, Jurist aus dem Dunstkreis der französischen sozialistischen Partei: "Paris könnte z.B. Raketen, die zu entwickeln Bonn die Mittel hat, mit nuklearen Sprengköpfen ausrüsten. Das ganze würde eine Abschreckung vom Schwachen zum Starken darstellen, die bis jenseits von Hamburg und München ausgedehnt wäre. Natürlich bliebe sie unterschieden von der nationalen französischen Abschreckung, solange ein politisch geeinigtes Europa sich nicht konstituiert hätte. Zweifelloso wäre das System des doppelten Schlüssels anzuwenden, solange die BRD nicht das Recht hat, selbst über Atomwaffen zu verfügen. Aber alle diese Punkte ließen sich leicht regeln, wenn die Deutschen akzeptierten, einer derartigen gemeinschaftlichen Verteidigung beizutreten." Auch die Vorschläge Kohls und Mitterands zur Aufstellung einer gemeinsamen deutsch-französischen Brigade sind ein erster symbolischer Schritt in diese Richtung.



An die Stelle amerikanischer könnten natürlich gemäß Duvergers Vorschlag auch französische Sprengköpfe treten. Und damit fielen die umstrittenen Raketen in der Tat aus den augenblicklichen Verhandlungen heraus, die ja, wie bereits gesagt, die französischen und englischen Atomwaffen (noch) ausklammern. Im Handstreich hätte die BRD so zweierlei erreicht:

- * sich selbst Zugriff zu Atomwaffen zu verschaffen
- * den Grundstein für die von Strauß bis Schmidt ersehnte europäische Atommacht gelegt. Damit wird schlagartig deutlich, warum die BRD sich so starrsinnig an den nach allgemeiner Einschätzung als veraltet geltenden Pershing IA festklammert.

Denn echte Abrüstung kommt für die NATO-Strategen nicht in Frage. Schließlich wollen sie an der Strategie der nuklearen Abschreckung unerschütterlich festhalten. Unter diesen Umständen sehen sich einige EG-Staaten, insbesondere die Bundesrepublik und Frankreich, veranlaßt, im Vollgefühl ihrer Verantwortung für die durch atomare Abrüstung "bedrohte" Sicherheit ihrer Völker beherzt für eine europäische Atommacht zur Aufrechterhaltung der Abschreckung einzutreten, wie auch die Verteidigungsminister der WEU-Staaten auf ihrer Sitzung am 28. April 1987 in Paris festgestellt haben. Mit anderen Worten: Hier wird eine europäische Verteidigungsgemeinschaft mit eigener Atomstreitmacht geplant, installiert als monumentales Hindernis für einen weiterreichenden Abrüstungsprozeß in Richtung auf die von der Friedensbewegung geforderte Denuklearisierung Europas.

(gekürzte Fassung, der Gesamttext ist über das KA-Büro erhältlich)

Der Koordinierungsausschuß hat auf seiner ersten Sitzung nach der 13. Juni-Demonstration nicht nur die gelaufene Aktion ausgewertet und über die weiteren Aktivitäten beraten, sondern auch angesichts der angespannten Finanzsituation intensiv über Möglichkeiten einschneidender Einsparungen diskutiert. Dabei ist die Rolle des Koordinierungsausschusses auch grundsätzlich angesprochen worden. Da wir annehmen, daß Euch diese KA-Diskussion interessiert, haben KA-Vertreter ihre in der Diskussion vertretenen - z.T. nicht unbedingt kontroversen - Überlegungen für den Rundbrief aufgeschrieben.

Der Koordinierungsausschuß ist nicht die Friedensbewegung

von Karlheinz Koppe (Pax Christi)

Der Koordinierungsausschuß ist nicht die Friedensbewegung. Die These klingt hart und provozierend. Ich vertrete sie schon seit Jahren. Nicht ohne Grund nennt sich der KA "Koordinierungsausschuß" und nicht Präsidium, Bundesvorstand oder sonstwie. Natürlich ist der KA auch ein politisches Gremium. Seine politische Bedeutung aber wird umso wirksamer sein, je mehr er sich seiner Grenzen bewußt ist. Die Tendenz, sich mit der Friedensbewegung zu identifizieren, möglichst noch mit der "ganzen" Friedensbewegung, hat zur Folge, daß er die allgemeine politische und publizistische Aufmerksamkeit auf sich zieht und damit von der eigentlichen Friedensbewegung, nämlich den Gruppen und Zusammenschlüssen, ablenkt. Das kann tödlich sein, in jedem Falle ist es schädlich. Streitigkeiten und Konflikte im KA, die sich oft unwirklich von der Basis abheben, eine vielleicht notwendig werdende Umorganisation oder gar Auflösung des Büros, lösen dann schnell Schlagzeilen oder irrige Einschätzungen aus, etwa der Art: "Die Friedensbewegung ist tot", "Der Widerstand gegen die Rüstungspolitik schläft ein" und ähnliches mehr.

Der Koordinierungsausschuß ist notwendig. Wenn er nicht existierte, müßte er erfunden werden. Auch diese These vertrete ich seit eh und je. Sonst gäbe die Mitarbeit von Pax Christi und anderen Gruppen keinen Sinn. Er ist gewissermaßen eine Dienstleistung für die Gruppen der Friedensbewegung. Er soll ihnen helfen - gemeinsame bundesweite Demonstrationen und Aktionen zu organisieren, andere Aktionen zu koordinieren, Austausch zu ermöglichen. Die erste Aufgabe hat er gut geleistet, die zweite schon seltener, die dritte überhaupt nicht. Stattdessen hat er ein Eigenleben entfaltet mit Zügen eines politischen Debattierklubs, über den an der Basis, wo sie wohlgesonnen ist, müde gelächelt, und wo sie weniger wohlgesonnen ist, schlicht und einfach geschimpft wird. Die Einschätzung friedenspolitischer Notwendigkeiten ist gerade wegen ihrer Vielfalt an der Basis viel realistischer, als wir uns das vorstellen, zumal jene, die im KA am lautesten reden, aber am wenigsten an Basis hinter sich haben. Ganz abgesehen davon besteht das Problem, daß nach meiner Schätzung zwei Drittel der Gruppen vor Ort sich vom KA gar nicht repräsentiert fühlen und von ihm auch gar nicht repräsentiert sein wollen.

Es liegt folglich im Interesse der Friedensbewegung, wenn sich der KA auf Koordinierungsaufgaben beschränkt und auch politisch so weit zurücknimmt, daß die

einzelnen Organisationen und Gruppen nicht im Schatten bleiben, sondern sich besser entfalten können, sei es bundesweit, sei es vor allem auf örtlicher und regionaler Ebene. Die Friedensbewegung lebt von ihrer Vielfalt. Ich halte es für eine Illusion, daß der KA ein zentrales Motto ausgibt, eine bestimmte Strategie und dann glaubt, bis in die letzte Basisgruppe würde diese Strategie verfolgt. Das mag für die bundesweiten Demonstrationen durchaus richtig sein, aber es muß in einer Weise geschehen, daß Luft zum Atemholen bleibt. Und der KA muß mindestens ebenso bedacht sein, die Vielfalt der Friedensarbeit zur Geltung kommen zu lassen. Das, was oft herablassend als "Gemischtwarenladen" oder "Warenhauskatalog" bezeichnet wird, macht in Wahrheit die Existenz und den Inhalt der Friedensbewegung aus. Allen Versuchen und Anfragen zum Trotz wurde und wird darüber im KA nicht diskutiert - und es wäre doch so wichtig, gerade im Hinblick auf die Basis.

Ich höre die Einwände: das sei unpolitisch gedacht, wir müßten uns auf klare Strategien und begrenzte Konzepte einigen. Solche Strategien und solche Konzepte soll jede Gruppe vertreten und sie soll auch dafür werben, so viel und so gut sie es kann. Wenn aber damit der Anspruch verbunden wird, die ganze Friedensbewegung zu disziplinieren und auf bestimmte Vorstellungen einzuschwören, dann ist das ein untaugliches Agitieren am untauglichen Objekt. Das hieße nämlich nicht mehr und nicht weniger, als wichtige Energien, Zeit und Geld auf interne Auseinandersetzungen zu verwenden, anstatt diese auf das Aufbrechen und Verändern althergebrachter und verkrusteter politischer und gesellschaftlicher Strukturen zu konzentrieren, die nach wie vor Friedenspolitik verhindern.

Zum Glück kann der KA nicht allen Unsinn tun, den er in konstanter Regelmäßigkeit nach jeder gelungenen Demo (das ist seine Aufgabe, da hat er auch Erfolg!) verzapft - nämlich langatmige Debatten, aussichtslose Suche nach "der" Strategie, Schuldzuweisungen für diese oder jene Panne. Die Zeit, die darauf verloren geht, kann besser genutzt werden - nämlich Aufräumen, Finanzen klären und den Apparat (der für jede Demo sicher notwendig ist) wieder reduzieren, damit wir nicht in den Zwang geraten, Aktionen nachzuhecheln, um den Apparat zu finanzieren. Und deshalb müssen wir in der Öffentlichkeit klarmachen: die Friedensbewegung hängt nicht vom Koordinierungsausschuß und seinem Büro ab ...

Herbst 1987: die Friedensbewegung bleibt nicht auf den Zuschauertribünen

von Gerd Greune (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner)

Im Herbst 1987 - möglicherweise schon beim Außenministertreffen der USA und der UdSSR im September - entscheidet sich, ob ein Abkommen über die Verschrottung der Atomraketen in Europa zustande kommt und ob der Einstieg in die atomare Abrüstung gefunden wird.

Der jahrelange Druck der Friedensbewegung hat diese Situation mit herbeigeführt. Die Mehrzahl der Menschen will heute die Befreiung von der atomaren Bedrohung. Ein neues Denken hat sich entwickelt, aber noch längst nicht überall bei den Regierungen durchgesetzt. Wir haben allen Grund, weiterhin politischen Druck zu machen: Entgegen den Hoffnungen vieler Millionen Menschen auf eine neue europäische Friedensordnung und einen tiefen Einschnitt in die Atomwaffenarsenale unseres Kontinents, sträubt sich die Bundesregierung gegen konkrete Schritte zur Abrüstung. Sie will die Pershing IA-Raketen in den Bundeswehrstellungen behalten. Sie verweigert offen die Beseitigung der anderen über 4000 Atomwaffen in der Bundesrepublik. Sie schreitet fort auf einem Weg, der unser Land auf unabsehbare Zeiten zur atomaren Abschubrampe und Zielscheibe macht. Bundesminister Wörner kündigt unverhohlen, noch bevor eine einzige Rakete verschrottet worden ist, an, daß Cruise-Missiles für den europäischen Gebrauch zukünftig luft- und seegestützt werden sollen, daß die Pershing-Raketen ebenso wie andere atomare Trägersysteme "modernisiert" werden sollen - kurz und bündig, daß für die nächsten Jahre ein umfassendes Nachrüstungsprogramm von der Bundesregierung initiiert wird. Für die weitere konventionelle Aufrüstung werden Milliarden Mittel bereitgestellt.

Ebenfalls unverhohlener werden die politischen Initiativen für eine westeuropäische Zusammenarbeit auf dem militärischen und nuklearen Gebiet. Symbolischer Ausdruck dieser Politik ist die Ankündigung einer gemeinsamen Brigade mit den französischen Streitkräften. Die Bundesregierung sucht den Schulteranschlag mit Frankreichs Atomstreitmacht.

Trotz aller Beteuerungen, vor allem des Außenministers, eine weltweite Ächtung aller Chemiewaffen betreiben zu wollen, wird Ende dieses Jahres in den USA mit der Produktion von neuen gefährlicheren Chemiewaffen begonnen. Ziel dieser Produktion ist die Stationierung neuer Chemiewaffen in der Bundesrepublik.

Die Mehrzahl der Menschen in der Bundesrepublik und in ihren Nachbarländern erwarten politische Abkommen für ganz Europa, die zur Beseitigung der Atomraketen, aller Atomsprenghäupter, der chemischen Waffen und eine drastische Verringerung der Truppenstärken in Ost- und Westeuropa zum Ergebnis haben. Die bisherige Verhandlungsroutine hat ihre Hoffnungen enttäuscht. Es kommt also darauf an, mit anderen Konzepten und einem anderen Denkmodell an diese Abrüstungsfrage heranzugehen: der Verzicht auf eine perfektionierte Abschreckungslogik, die Bereitschaft zur gemeinsamen Sicherheit mit unseren Nachbarn, die Fähigkeit zu regionalen Abrü-

stungsschritten und die Entschlossenheit zu einseitigen Abrüstungsmaßnahmen sind dafür eine Voraussetzung.

Nach der großen Demonstration am 13. Juni 1987 in Bonn werden im Herbst 1987 an den verschiedenen Standorten in der Bundesrepublik, in der die fortgesetzte Politik einseitiger Aufrüstung dokumentiert wird, Aktionen durchgeführt: an Pershing IA - Stellungen, an der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, an den Stationierungsorten für Pershing II - Raketen und Cruise Missiles und an Stätten massiver konventioneller Aufrüstung. In der Verbindung dieser verschiedenen Standorte wird ein Bild ins Bewußtsein zurückgeholt, daß durch die "Abrüstungseuphorie" der Medien gegenwärtig verklärt wird: in der Bundesrepublik befinden sich Massenvernichtungswaffen und Kriegsgerät in einem Umfang, der für die Menschen unzumutbar geworden ist. Mit diesen Waffen läßt sich nicht länger zusammenleben. Sie sind eine Bedrohung für die eigene Bevölkerung und die Bevölkerung unserer Nachbarstaaten. Sie stehen einer vernünftigen Friedensordnung in Europa im Wege.

Der Koordinierungsausschuß wird in diesem Herbst mit eigenen Materialien zur Verfügung stehen, in denen über die verschiedenen Aspekte der regionalen Aktionen informiert wird. Dabei kommt es vor allem darauf an, den eigenständigen Charakter der Friedensbewegung und der zukünftigen Friedensarbeit darzustellen. Dazu gehört auch die Diskussion über zukünftige Arbeitsformen auf regionaler und Bundesebene. Wir sollten die Friedenswochen der kirchlichen Gruppen und der Naturwissenschaftler im November nutzen, um die Bewegung weiterzuentwickeln. Wenn wir uns von der Gefahr eines konventionellen oder atomaren Krieges in Europa befreien wollen, müssen wir eigenständig Druck machen und dürfen keine Illusionen gegenüber den von Militärs geführten Verhandlungen sowie gegenüber taktischen Plänen politischer Parteien haben. Unser aktives Engagement richtet sich auf ein neues, völlig neues Denken und Handeln.

Die örtlichen und regionalen Aktionen der Friedensbewegung sind eine gute Gelegenheit dafür.

Die Friedensbewegung braucht Aktionen zivilen Ungehorsams und die Solidarität mit denen, die für ihre Friedensaktivitäten bestraft werden.

Wir brauchen die Beteiligung an den Friedensmärschen im September und an den Friedenswochen im November.

Bereitet in den Friedensgruppen die Aktions- und Strategiekonferenz der Friedensbewegung am 28./29. November 1987 vor. Denn für die Auseinandersetzungen der kommenden Jahre brauchen wir weitere Perspektiven, konkrete Handlungsideen und vor allem konkrete Vorstellungen von einem Bild, wie ein Europa aussehen kann, in dem Waffen keinen Platz mehr haben und in dem die Gegensätze zwischen Ost und West auf friedliche Weise ausgetragen werden können.

Sieben Thesen zur Arbeit der Friedensbewegung

von Achim Maske (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit)

1. TROTZ MEINUNGSMEHRHEITEN FÜR ABRÜSTUNG WEITER AUFRÜSTUNG

Wir sind mit einer widersprüchlichen Situation konfrontiert. Einerseits haben wir wie keine andere gesellschaftliche Bewegung in der Geschichte der Bundesrepublik in den achtziger Jahren die politische Landschaft verändert. Millionen aus fast allen gesellschaftlichen Bereichen haben den Schritt vom Delegieren zum eigenen politischen Handeln eingeübt und haben Mut entwickelt, für ihre Überzeugungen einzutreten.

Der sicherheitspolitische Konsens bleibt zerbrochen. Dreieinhalb Jahre nach dem Beginn der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sind die Ergebnisse von Meinungsumfragen noch eindeutiger geworden als 1983. Mehr als 90 % der Befragten sind für die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen, große Mehrheiten für sofortigen Atomwaffenteststopp oder gegen die Entwicklung von Weltraumwaffen. Dies haben wir erreicht, obwohl der Propagandaapparat der Aufrüster auf Hochtouren gelaufen ist.

Andererseits haben wir keine Ende der Aufrüstungspolitik erzwingen können. Die Perfektionierung der Massenvernichtungswaffen für Erstschlagsstrategien ist weiter gegangen. Im Rahmen von "SDI" werden Waffen für den Krieg aus dem Weltraum und atomare Laserwaffen entwickelt und getestet. Die USA haben Salt II gebrochen und wollen den ABM-Vertrag über das Verbot der Raketenabwehr beseitigen.

Wir haben eine rechte Regierung, die scheinbar alle Forderungen aussitzen kann. Die Umrüstung der Bundeswehr mit neuen "intelligenten" Offensivwaffen für den "Schlag in die Tiefe" wird fortgesetzt. Die Atomraketen sind stationiert. Auch das Sinken der Zuwachsraten des Rüstungshaushaltes unter die NATO-Vereinbahrungen bedeutet nur eine zeitliche Streckung der Rüstungsprogramme. Mit der atomaren Wiederaufbereitungsanlage werden technologische - wenn auch noch nicht politische - Voraussetzungen für eine bundesdeutsche Atomwaffenproduktion geschaffen.

Die innere Militarisierung und die Angriffe auf die demokratischen Rechte gehen weiter. Ausplünderung und Interventionen in der "dritten Welt" werden fortgesetzt. Die ökologische Zeitbombe tickt immer lauter. Die strukturellen wirtschaftlichen und sozialen Krisenprozesse verschärfen sich.

Wir müssen diese Widersprüche für unsere Arbeit gemeinsam analysieren und Klarheit über unsere Erfolge und unsere Schwächen gewinnen. Nur so werden wir die langwierige Auseinandersetzung um den Einstieg in die Abrüstung und die Entwicklung eines Abrüstungsprozesses für uns entscheiden können.

2. DENNOCH: DIE RAKETENSTATIONIERER SIND IN DER KLEMME

Dreieinhalb Jahre nach dem Stationierungsbeschluss könnte sich der damalige "Sieg" der Bundesregierung als

"Phyrrussieg" erweisen. Gefangen in der jahrelangen verlogenen Nullösungspropaganda, konfrontiert mit einem US-Präsidenten, der durch ein "Bauernopfer" bei Mittelstreckenraketen sein übriges Aufrüstungsprogramm zu retten versucht und einer UdSSR, die Vorstellungen der Friedensbewegung aufgenommen hat und mit neuer Flexibilität die militärische Logik dem politischen Ziel Abrüstung unterordnet, wird die Lage für die Bundesregierung schwierig. Daß sie über keine Konzeption für Abrüstung und ausschließlich politische Friedenssicherung verfügt, hat sie ebenso demonstriert wie, daß sie Mitverfügung über modernste, zu Erst- und Enthauptungsschlag fähige Atomraketen will. Durch das willkürliche Beharren auf Pershing I-Raketen (bei doppelter Nullösung für die UdSSR) versuchen zumindest große Teile der Regierungskoalition ein Abkommen zu verhindern. Gleichzeitig suchen sie Verbündete in den USA, um im Falle eines Vertragsabschlusses dessen Ratifizierung aufzuhalten. Ganz sicher wäre für diese Regierung ein Abkommen kein Einstieg in die Abrüstung, sondern eine Herausforderung zu neuen Um- und Nachrüstungen. Die Friedensbewegung hat allen Grund für die Verschrottung aller atomaren Mittelstreckenraketen zu kämpfen ohne ihre anderen Forderungen aus dem Auge zu verlieren.

3. WIR HABEN FUNDAMENTE ERRICHTET

Daß in der Friedensbewegung angesichts der Dramatik der Situation nicht vorrangig über eine neue Großdemonstration diskutiert wird, widerspiegelt manche Unsicherheit. Es hat aber auch etwas damit zu tun, daß wir mit unserer Arbeit der letzten Jahre auch etwas geschaffen haben, an dem die Bundesregierung nicht so ohne weiteres vorbei kommt. Zu den Wirkungen unserer Bewegung gehört, daß Feindbilder, die Aufrüstung zu legitimieren halfen, ins Wanken geraten sind (Dazu haben natürlich auch Veränderungen in der inneren und äußeren Politik der UdSSR erheblich beigetragen).

Wir haben die politischen Rahmenbedingungen auch für Regierung, Parlament und Parteien verändert. Die SPD hat ihre Politik ändern müssen. Die Grünen konnten in den Bundestag einziehen. 1987 hat die CDU/CSU ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 hinnehmen müssen. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen sind ein Hinweis darauf, daß starke Kräfte begriffen haben, daß "Weiter so, Deutschland" mit gefährlichen Wahlperspektiven für die CDU/CSU verbunden ist. Unsere politischen Gegner sehen manchmal genauer, in welche Isolation wir sie gebracht haben. Bisher ist die Rechnung zwar noch aufgegangen, den Verlust der Regierungsmacht zu verhindern, indem eine "gemäßigter" auftretende FDP die Verluste der CDU/CSU durch Gewinne z.T. ausgleichen kann. Das funktioniert nicht für alle Zeit. Hoffnungen werden enttäuscht, wenn Taten gänzlich ausbleiben. Das ist für eine Partei mit kleiner Wählerbasis eine konkrete Bedrohung.

4. WIDERSTÄNDE UND PROBLEME

Das politische System der Bundesrepublik hat Reserven, mit denen auch bei starkem Druck Auswirkungen auf die materielle Politik der Regierung abgemildert werden können. Bei den letzten Bundestagswahlen hätte eine ge-eint auftretende parlamentarische Opposition verhindern können, daß viele Wähler meinten, nur durch Wahl der FDP sei das Schlimmste in der Außen- und Rüstungspolitik zu vermeiden. Unsere Anstrengungen haben noch nicht ausgereicht, die parlamentarische Opposition zu einer realen Alternative zur Regierung zu zwingen. Dies müssen wir erreichen, ungeachtet der Gewißheit, daß nicht allein eine andere Regierung sondern eine aktive Friedensbewegung die Kraft ist, die den Einstieg in die Abrüstung bewirkt.

Bis 1982 war die Friedensbewegung für alle über die atomare Bedrohung besorgten alleiniger "Hoffnungsträger". Seit dem Einzug der Grünen in den Bundestag und den programmatischen Veränderungen der SPD in der Opposition konkurriert die Friedensbewegung mit diesen Parteien um die Rolle des Hoffnungsträgers. Es bleibt wichtig, auch diese Parteien mit unseren Forderungen zu konfrontieren, um zu gewährleisten, daß sich bei ihnen die friedenspolitischen Positionen weiter- statt zurück entwickeln. Wir verlangen Konsequenz. Sowohl SPD als auch Grünen kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie bei den Bundestagswahlen 1987 ihre friedenspolitischen Positionen parteitaktischen Erwägungen untergeordnet haben. Wer eigene Mehrheiten oder Nichtzusammenarbeit für wichtiger erklärt als ein Ende der Aufrüstung, schadet der Friedensbewegung und verwischt die Alternative, um die es geht. Solche Konstellationen müssen wir für die Zukunft unmöglich machen.

5. ERREICHTES DEUTLICH MACHEN - DIE AUFGABEN KLÄREN

Die Demonstration vom 13. 6. 87 in Bonn hat dazu beigetragen, in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, daß die Bundesregierung trotz erzwungener Zustimmung zur "doppelten Null-Lösung" die Verschrottung der Atomraketen zu verhindern sucht. Daß trotz ihrer Demagogie über 110.000 Menschen nach Bonn gekommen sind, ist ein großer Erfolg. Dennoch sollten wir nicht verdrängen, daß viele zuhause geblieben sind. Vielen Jugendlichen, die als Kinder am Fernsehschirm die Botschaft vermittelt bekamen, daß auch das Handeln von Millionen die Stationierungsentscheidung der Regierung nicht aufhalten konnte, haben wir noch nicht vermitteln können, daß sich Engagement langfristig auszahlt. Viele kamen nicht, weil sie glaubten, das Ziel sei schon erreicht. In vielen Initiativen ist der Kreis der ständig Aktiven geschrumpft. Neue, insbesondere jüngere Aktive werden oft nicht gewonnen. Wir müssen verständlich machen, daß wir erst Atem holen können, wenn die Raketen verschrottet sind. Denn wenn der Druck ausreichen sollte, den wir entwickelt haben und weiter entwickeln müssen, ein Abkommen durchzusetzen, werden wir (mit mehr Rückenwind) Ver-

suche abzuwehren haben, neue Nachrüstungen durchzusetzen und gleichzeitig für unsere weiteren Forderungen Unterstützung zu mobilisieren, um aus einem ersten Schritt eine Wanderung zu machen, die zu unserem Ziel führt: einer abgerüsteten, friedlichen und gerechten Welt.

6. WIR BRAUCHEN DAS GESPRÄCH MIT DER BEVÖLKERUNG VOR ORT

Die Friedensbewegung lebt von der aktiven, selbstbestimmten Arbeit vor Ort. Sicher haben die Standortaktionen im September und Oktober eine hohe Bedeutung für die Zuspitzung der Raketenfrage. Neben den zahlreichen Kongressen der berufsspezifischen Friedensinitiativen ist darüberhinaus die Verstärkung der Arbeit vor Ort bedeutsam. Wir sollten deshalb während der Friedenswochen der Naturwissenschaftler und der christlichen Friedenswoche (8. - 18. 11. 87) verstärkt die Diskussion mit der Bevölkerung organisieren. Wir müssen deutlich machen: nicht Delegieren an andere bringt Abrüstung, sondern eigenens Handeln. Wir stehen nicht mehr am Punkt Null. Die Kräfteverhältnisse sind schon ein Stück verschoben. Die ganze Breite unserer Forderungen und unsere positive Alternative muß neben dem Eingreifen in die aktuelle Auseinandersetzung in der örtlichen Informationsarbeit sichtbar werden. Das verlangt von der Friedensbewegung, immer wieder Handlungsmöglichkeiten in der ganzen Breite unserer Aktionsformen anzubieten. Nur wenn wir auf eine lange Perspektive daran arbeiten, politisch handelnde Mehrheiten zu schaffen, werden wir den "Aufrüstern", die jede Chance zur Verhinderung oder Umgehung von Abrüstung nutzen wollen, ihren politischen Spielraum nehmen.

7. DIE STRUKTUREN DER FRIEDENSBEWEGUNG VERBESSERN

Die Friedensbewegung braucht die bundesweite Koordination. Bei aller Kritik im Einzelnen hat das Spannungsverhältnis zwischen unabhängigen Initiativen verschiedenster Art, Aktionskonferenzen, Friedensorganisationen und dem Koordinierungsausschuß produktiv gewirkt und eine im internationalen Vergleich wirksame Bewegung ermöglicht. Deshalb sollten die bestehenden Strukturen beibehalten und konkret verbessert werden. Das betrifft auch den Koordinierungsausschuß. Angesichts der Dramatik der internationalen Auseinandersetzung sollte auch er handlungsfähig bleiben. Das heißt, daß er durch neue Gruppierungen erweitert, daß sein Büro aufrecht erhalten, er Materialien für den Herbst erstellen und versuchen sollte, der Öffentlichkeit die vielfältigen Aktivitäten vor Ort als gemeinsame Aktion der gesamten Friedensbewegung zu vermitteln. Einzelne Aktivitäten vor Ort werden dadurch bundespolitisch wirksam, daß sie koordiniert und gebündelt dargestellt werden. Für diese Arbeit braucht der Koordinierungsausschuß dringend finanzielle Unterstützung.

Friedensbewegung statt Bewegungsverwaltung oder: "Wir sind noch da" ist keine Perspektive

von Dieter Schöffmann (Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam)

Die Friedensbewegung ist (immer noch) in der Krise. Es mangelt an eigenen, der heutigen Situation angemessenen, Handlungsperspektiven. Auch heute ist die Niederlage '83 in ihren Ursachen und Konsequenzen bei weitem nicht in der gesamten Friedensbewegung aufgearbeitet. Und die ständig neuen Gorbatschow-Vorschläge verwirren nicht nur die NATO-Regierungen, sondern auch die Friedensbewegung. Wir sind in einer Situation, daß Gorbatschow uns vordergründig die uns fehlende Perspektive gibt. Daß die Friedensbewegung zur Zeit wieder ein Thema ist, hat ja in der Tat mehr mit den sowjetischen Verhandlungsvorschlägen und den CDU-Stahlhelmen als mit eigener Bewegungspotenz zu tun. Immer mehr Friedensbewegte laufen der Doppel-Null nach und verkennen dabei die reale Aufrüstungslage und wollen von bisherigen eigenen Forderungen (wie der nach einseitiger Abrüstung etwa) nichts mehr wissen. Geht dies so weiter, wirtschaftet die bisher zu unrecht totgesagte Friedensbewegung sich selbst zugrunde.

Die Chance der Perspektivkonferenz im Mai, weiterreichende Handlungsorientierungen in der gesamten Friedensbewegung zu entwickeln, unter Berücksichtigung der realen gesamtgesellschaftlichen Lage, wurde vertan. Friedensmensch beschränkte sich auf die Selbstmobilisierung zur unumstrittenen Demo am 13. Juni.

Die Demonstration selbst war - trotz vieler und politisch sehr guter Reden - nicht viel mehr als eine Inszenierung im Hofgarten-Theater unter dem Motto "Wir sind noch da!". Darin steckt keine politische Stoßkraft mehr. Vor allem dann nicht, wenn - wie am 13. Juni zumindest in der Medienverbreitung geschehen - die Bewegung, die 100.000 anwesenden Menschen, den Parteien und vorneweg der SPD zufüßen gelegt wird.

Will die Friedensbewegung im Hinblick auf Abrüstungspolitik und Entmilitarisierung ein ernstzunehmender Faktor bleiben bzw. wieder werden, muß sie, müssen wir uns in den nächsten Monaten verstärkt der Neuentwicklung zukunftsweisender Handlungsperspektiven widmen und die dazu notwendigen Kommunikations-, Koordinations- und Arbeitsstrukturen ggf. (weiter)entwickeln.

Koordination: ja! - KA: jein!

Jede soziale, außerparlamentarische, oppositionelle Bewegung gewinnt an Stärke und Durchsetzungskraft, wenn ihr eine überregionale organisatorische wie politische Koordinierung gelingt, eine Koordinierung allerdings, die die Vielfältigkeit der Bewegung nicht einschränken darf.

Eine solche Koordinierung verliert an positiver Wirkung und wird gar schädlich, wenn das konservative Bewahren, der Selbsterhalt, das Festhalten an Gewohntem das ausschlaggebende Moment für die Weiterarbeit einer solchen "Institution" wird - allemal wenn veränderte Bewegungszustände in dieser nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Bildung des "Koordinations-/Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung" - anfänglich nur für jede Großdemo gebildet und jeweils wieder zu informellen "Kaffee-" und "Kakao-Runden" aufgelöst, seit 1983 aber verstetigt - der KA also war für die Friedensbewegung unter dem Strich ein wichtiger Schritt. Ein Blick auf die Anti-AKW-Bewegung zeigt zwar, daß es auch ohne ein solches Gremium geht, aber auch, welche Probleme aufgrund mangelnder Kommunikation und Koordinierung zwischen den verschiedenen Gruppierungen in einer Bewegung auftreten.

Immer noch hat der KA - wenn er mal zu einer vernünftigen politischen Diskussion kommt - ein recht hohes analytisches und politisches Niveau, genauer die zwanzig bis vierzig FunktionärInnen, die sich im Laufe der Jahre aneinander abgearbeitet, sich in vielfältigen Situationen kennen- und teils schätzen gelernt haben. Dies ermöglicht kontroverse und trotzdem konstruktive Diskussionen zwischen politischen Positionen, die an anderen Orten teils unversöhnlich und kommunikationsunfähig aufeinanderprallen.

So hat der KA auch in richtiger Auswertung und Einschätzung der Lage einen Demonstrations-Aufruf für den 13.6. verabschieden können, der nicht platt auf "00", sondern auf die Aufhebung des Stationierungsbeschlusses und den sofortigen Abzug der Raketen als eigentlichen Knackpunkt zugespitzt ist. Aber: Soweit nachprüfbar, wurde fast überall in der Friedensbewegung "für 00" nach Bonn mobilisiert, was dem zwischenzeitlichen realen friedenspolitischen Niveau großer Teile der Friedensbewegung entsprechen mag. Folgerichtig gab es auch nach der Regierungserklärung, man habe nichts mehr gegen 00, einen spürbaren Mobilisierungseinbruch. Erstaunlich ist, daß trotzdem noch rund 100.000 Menschen nach Bonn gekommen sind (und spricht eher für die Größe des (organisierten) harten Kerns der Friedensbewegung und die Mobilisierungswirkung der SPD, die wohl kräftig für "ihre" Demo geworben hat).

KA und Friedensbewegung klaffen hier also inzwischen in relevanten bisherigen Konsenspositionen auseinander. Den KA in dieser Situation konservieren zu wollen, weil er derzeit gegenüber der mehrheitlichen Bewegung relativ fortschrittlich ist, ist m.E. zu kurzfristig gedacht. Denn:

Es muß in der Friedensbewegung eine Perspektivdebatte geführt werden, in der ihre heutige reale Zusammensetzung, ihre historischen Erfahrungen, die allgemeine wie aufrüstungspolitische Lage untersucht und nach den Knackpunkten für einen weiterführenden antimilitaristischen Widerstand oder zumindest Protest erkundet werden. Als Friedensbewegung, die auch weiterhin ernst genommen werden will, müssen wir eine widerständige und praktikable Strategie entwickeln, die über die nächste

Demo oder Blockade und den nächsten sowjetischen oder sonstigen Verhandlungsvorschlag hinausgeht.

Hierzu ist nicht nur die theoretische Diskussion, sondern auch das Experimentieren mit neuen wie alten Protest- und Aktionsformen notwendig, die nicht von vornherein in den Konsens der Gesamt(rest)bewegung eingezwängt sind.

Es müssen Analysen, Debatten und Handlungsorientierungen anderer sozialer Bewegungen (wie der Anti-AKW-/Umwelt-, 3.Welt-/Soli-, Bürgerrechts-, Frauenbewegung) in unsere Arbeit miteinbezogen werden - nicht nur, weil vieles miteinander zusammenhängt, sondern auch, weil hierin eine Chance für mehr gemeinsame, bewegungsübergreifende Kraftentfaltung liegt und weil uns in der Tat Rüstungsexport, der iranisch-irakische Krieg, das Bombardement der Palästinenser-Lager, die Situation in Südafrika, die "zivile" Nutzung der Atomenergie, die (industrielle) Umweltzerstörung, die zunehmende soziale Verelendung eines Drittels dieser Gesellschaft nicht gleichgültig sein darf.

Und vor lauter Nullen dürfen wir auch nicht aus den Augen verlieren, daß wir bisher außer einem leichten Ankratzen eines "sicherheitspolitischen Konsenses" nicht viel mehr erreicht haben. Die Art des eventuellen Zustandekommens einer "00"-Vereinbarung kann den grundlegenden sicherheitspolitischen Konsens sogar wieder ganz heile machen. Frisch, fromm, froh und frei kann dann an einer westeuropäischen Militärmacht entlang der Achse Frankreich-BRD - ausgerüstet mit bedrohlich viel Kapital, Atomwaffen, Chauvinismus, Interventionsbereitschaft und -fähigkeit - weitergebastelt werden, um nur ein Beispiel zu nennen.

Eine solche Suche nach neuen, situationsangepaßten Orientierungen verlangt danach, die bisherigen Strukturen und Arbeitsweisen zu überdenken und ggf. neu zu gestalten.

Kleine Bewegungsstrukturereform

Den KA einfach aufzulösen, wie es ab und zu in die Diskussion gebracht wird, ist wohl nicht die richtige Antwort. Aber er sollte in seiner Zusammensetzung und Arbeitsweise umgestaltet werden (bzw. sich selbst umgestalten), um der Friedensbewegung ein wichtiges Instrument in frischer Form zu erhalten und wieder nutzbar zu machen. Im folgenden seien einige Punkte genannt, bei denen m.E. eine Änderung eintreten müßte.

Es gilt - dort wo sie bisher nicht stattfindet - die Perspektiventwicklung vor Ort anzuregen und ihre Weitervermittlung in die anderen Regionen, auf die Bundesebene wie auch über Spektrengrenzen hinweg zu organisieren. Die dazu notwendige Debatte und Kommunikation darf nicht auf den KA beschränkt bleiben - in den grundsätzlich alle kontinuierlich arbeitenden Bewegungszusammenhänge und -projekte (Berufsgruppen, Regionalzusammenschlüsse, Friedensbüros, ...) hineingehören, allerdings in einer Weise, daß die "Multis" in der Bewegung nicht den ganzen Laden dominieren. Die Debatte gehört in den KA-Rundbrief, wie auch die Information über alle in der Friedensbewegung geplanten und stattfindenden Aktionen, Kampagnen usw. - ob nun aus dem einen oder anderen Spektrum, ob legal oder ungehorsam, ob Konsens oder nicht. D.h. Schluß zu machen mit einem Rundbrief als reinem Verkündungsorgan für die vom KA getragenen Aktivitäten. Ein eigenständiges, nach journalistischen Kriterien arbeitendes Redaktionskollektiv, täte dem "KA-Rundbrief" sicher gut.

Der KA sollte seine Ohren und Augen mehr zur Basis der Bewegung tragen, wenn schon nicht durch ständige Rotation des Sitzungsortes (wofür die Bonn/Köln-ansässigen Organisationen bzw. VertreterInnen wohl schon sorgen werden), so doch zumindest alle viertel Jahre mal in einer anderen Region - mit entsprechender Vorbereitung und Einladung -, um sich mit den spezifischen Themen vor Ort (Tiefflug, Militäreinrichtungen, Probleme der Öffentlichkeitsarbeit, Erfahrungen der Bewegungszusammenarbeit, ...) befassen zu können. Den kontinuierlich vor Ort arbeitenden Menschen gäbe dies zudem die Chance, hin und wieder mal in die KA-Arbeit 'reinzuriechen oder sich gar mit ihren Erfahrungen und Einschätzungen einzubringen.

Allemaal sollten die Aktions- und Perspektivkonferenzen der Friedensbewegung von ihrer Köln/Bonn-Bindung befreit werden - darin läge m.E. eine Chance, daß auch mal wieder andere als die inzwischen konkurrenzlos dominierenden Gruppierungen sich an solchen Konferenzen beteiligen. Hinzukommen müßte eine geänderte Konferenzregie: Nicht mehr nur die KA-Mitglieder bzw. -VertreterInnen, sondern die gesamte Konferenz sollte wieder an den wichtigen Entscheidungen beteiligt werden.

Da die geschrumpfte Bewegung verstärkt zum Objekt der Parteienbegierde geworden ist, sollte dies zum Anlaß genommen werden, die KA-Zusammensetzung gerade an diesem Punkt zu überdenken. M.E. ist der Gedanke der Diskussion wert, alle Parteien bzw. Parteiuntergliederungen im KA auf einen Beobachterstatus zurückzustufen. In diesem Status und über die verbleibenden, überwiegend auch parteiorientierten, KA-Mitgliedsorganisationen würden ihnen noch hinreichende Einflußmöglichkeiten bleiben aber andererseits ein politisches Signal gegeben, daß die Parteien zwar potentielle Bündnispartnerinnen von Bewegungen sind, aber nicht Teil von ihnen.

Diese Vorschläge sind vermutlich noch längst nicht hinreichend. Die zu erwartende strikte Ablehnung, die sie erfahren werden, wird aber zeigen, als wie gravierend sie von so manchen empfunden werden und wie schwierig ein konstruktiver Veränderungsprozeß sein wird.

Auf die Unabhängigen kommt es an

Wieviel an vorwärtstreibender Veränderung in der Friedensbewegung zu erreichen sein wird, wird auch davon abhängen, wie stark die linken und unabhängigen Gruppen in der Friedensbewegung noch zur Einmischung und Aktivität fähig und willens sind. Ziviler Ungehorsam, Kritik an AirLand Battle und NATO-Aufrüstungskurs, Blockaden in Bremerhaven '83, Manöverbehinderungen '84, die Hunsrück-Demonstration '86 - um nur einige Beispiele zu nennen - sind ja wesentlich auch auf ihrem Mist gewachsen und haben die Friedensbewegung um einiges vorangebracht. Dies sollte auch in der jetzigen Situation der Friedensbewegung versucht werden. In diesem Sinne wird am 12./13. September in Frankfurt eine Konferenz zur Perspektive unabhängiger, antimilitaristischer Friedens- und Antikriegsarbeit stattfinden, zu der alle Interessierten herzlich eingeladen sind (Themenschwerpunkte: Antimilitaristische Perspektiven; Widerstand gegen zivile wie militärische Atomnutzung/Wackersdorf; heute stattfindende Kriege z.B. Iran/Irak, Libanon und unsere Verantwortung; ausbeuterische Weltwirtschaft/Kampagne zum Internationalen Währungsfonds //

Kontakt und Info:

Förderungsgemeinschaft unabhängige Friedensarbeit e.V., St.-Pauli-Str. 10/12, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421-7 89 66).

Vorwärts und nicht vergessen, warum die Bewegung besteht ...

von Thomas Schmidt (Initiative Kirche von unten)

Die Friedensbewegung ist da, sie ist lebendig, das hat sowohl die Demonstration am 13. Juni deutlich gemacht, wie auch die vielen regionalen und lokalen Aktionen und Informationsveranstaltungen, die in jüngerer Zeit durchgeführt wurden oder für den Herbst geplant sind.

Die Friedensbewegung ist nicht über einen Kamm zu scheren, sie besteht aus unzähligen örtlichen Initiativen und Gruppen, regionalen und bundesweiten Zusammenschlüssen mit z.T. internationalen Verbindungen. Sie ist nicht genau zu umreißen, nicht katalogisierbar, nicht zählbar, nie völlig zu erfassen - und das ist auch gut so!

Die politische Situation ist durch die jüngste Entwicklung noch nicht in eine wirklich neue Phase getreten. Vorschläge und Überlegungen bewegen sich auf offizieller Ebene innerhalb der Abschreckungspolitik, deren angebliche Effizienz nicht mehr als eine ideologische Legitimationsbehauptung ist. Das System fördert die Unterwerfung unter die Blockführungsmächte, deren weltweite Interessen die europäische Sicherheit zur abhängigen Variablen werden läßt. Die Aufrüstungsdynamik wird auf die Länder der 3. Welt übertragen, schädigt diese dadurch in unerträglichem Maße und vergrößert das Risiko der horizontalen Eskalation von Konflikten. Durch die Dominanz der militärischen Aspekte werden Bestrebungen nach Freiheit und Demokratie schwer geschädigt.

Die konkreten militärpolitischen Planungen und Beschlüsse (z.B. Field Manual 100/5, AirLand-Battle 2000, SDI, Konventionalisierung der Rüstung) machen zudem deutlich, daß alle Mittel für eine Kriegsführungsfähigkeit zur Verfügung gestellt werden sollen. D.h. daß selbst die mit der herkömmlichen Abschreckung verbundenen Kriegsverhütungsstrategie konkret überholt ist.

Die Friedensbewegung muß dieser falschen, ja katastrophalen Entwicklung entgegentreten. Da sie ohne Rücksicht auf taktische Verhältnisse, wie sie die Politik der Parteien weitgehend bestimmen, ihre Arbeit im Sinne langfristiger sozialer Lernprozesse konzipieren muß, gehört sie zu den wichtigsten Kräften politischer und kultureller Veränderung. Sie hat keinen Anlaß, sich den Parteien unterzuordnen, sie sollte allerdings in alle Parteien hineinwirken.

Dazu müssen wir den Gedanken einer Utopie des Friedens verbreiten, für den sich die Menschen wirklich engagieren wollen. Um ein breites Engagement zu wecken, müssen wir gleichermaßen dem Mythos der eigenen Ohnmacht und dem Mythos der Unabschaffbarkeit der Waffen entgegentreten. Wir halten eine Gesellschaft für möglich, die nach innen und außen Gerechtigkeit verwirklicht und in der Lage ist, sich sozial und gewaltfrei gegen äußere Ansprüche zur Wehr zu setzen. Wenn "Soziale Verteidigung" langfristige Zielperspektive bleibt, ist heute gewaltfreier Widerstand und ziviler Ungehorsam die wesentliche Aktionsperspektive eigenen Handelns, die schon auf diese Utopie verweist. Um unser langfristiges Ziel zu erreichen, müssen wir Ausstiegsszenarien aus

der jetzigen Rüstungssituation und Übergangsszenarien (NATO-Austritt, Blocküberwindung, strikte Devisenkonzepte ohne "Atomschirm") entwickeln. Zugleich sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen, zu beschreiben und entsprechend zu verändern, vor allem in Bezug auf die Wirtschaftsweise unseres Systems, soziale Gerechtigkeit, Nord-Süd-Verhältnisse, Demokratisierung.

Konkret heißt das, daß wir nicht erneut in den Fehler verfallen dürfen, auf das zu starren, was auf der Verhandlungsebene - sicherlich erfreulicherweise - verstärkt, aber wohl vor allen Dingen publikumswirksam, verhandelt wird. Ob diese Verhandlungen wirklich zu substanzieller Abrüstung, oder wie bisher nur zu verdeckter Aufrüstung führen (die dann von uns nur unter erschwerten Bedingungen in das Bewußtsein der Menschen gebracht werden kann), mag dahin stehen, wenn auch das Letztere immer wahrscheinlicher wird. Klar ist jedenfalls, daß sich jedes Verhandlungsergebnis auch weiterhin in dem oben beschriebenen Rahmen von Abschreckungs bzw. Kriegsführungsszenarien bewegen wird.

Es ist deswegen notwendig, daß wir mit unseren Aktionen und Informationen - schon im Herbst - die ganze inhaltliche Breite, auf der sich die Friedensbewegung auch in Zukunft bewegen muß, - wie sie z.B. in den 5 Kölner Punkten deutlich wird - zum Ausdruck bringen. Es wäre völlig falsch, sich etwa wieder zur Anti-Raketen-Bewegung zurückzuentwickeln, die Pershing II und die Cruise Missiles wohlmöglich innerlich schon abzuhaken, und sich jetzt etwa auf die Pershing Ia zu stürzen! Vielmehr müssen neben allen Mittelstreckenbasen konventionelle Militärstützpunkte, militärische Infrastruktur und nicht zuletzt die sogenannten zivilen Atomstandorte (insbesondere Wackerdorf) Orte der Auseinandersetzung sein. Die zunehmende Militarisierung des ganz normalen Alltags der Menschen in unserer Gesellschaft sollte ein Schwerpunkt der Informationsveranstaltungen sein.

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung kann in dieser Auseinandersetzung durchaus eine Funktion haben, wenn er seine regelmäßigen Sitzungen wieder zum Ort der gut vorbereiteten wichtigen Überlegungen und Entscheidungen macht. Er muß dazu allerdings praktisch wieder zu seiner politischen Breite zurückfinden. D.h. es ist dringend erforderlich, daß insbesondere die parteiunabhängigen Teile der Friedensbewegung wieder zu einem ernsthaftem Engagement im KA kommen. Andererseits muß dafür Sorge getragen werden, daß die VertreterInnen die Verbindungen zu den Diskussionen in den verschiedenen Regionen herstellen. Entscheidungen, die auf einer solchen Basis zustandekämen, würden die Chance bieten, mit der Bewegung etwas zu bewegen.

Für den Herbst sollte der KA die Funktion übernehmen, die vielfältigen auf regionaler Ebene vorbereiteten Aktionen bundesweit informativ zu verklammern, um ein Stück unserer Alternative einer gewaltfreien und ökologischen Lebensform greifbar werden zu lassen!

Plädoyer für eine Minimalstruktur

von Gerd Pflaumer (Gustav Heinemann-Initiative)

In der Sitzung des KA am 13. Juli 1987 haben die vier Mitgliedsorganisationen ASF, Pax Christi, ESG und ghi, unterstützt von der AGDF (Beobachterstatus) beantragt, die gegenwärtig bestehende zentrale Struktur der Friedensbewegung in der Bundesrepublik (Koordinierungsausschuß, Geschäftsführung und Bonner Büro) zu reformieren. Der Antrag fand zwar in der vorgetragenen Form keine Mehrheit. Man war sich jedoch im KA darüber einig, daß schon aus finanziellen Gründen Veränderungen vor allem im Blick auf das Bonner Büro notwendig sind. Es wurde daher beschlossen, eine Arbeitsgruppe (BUF, DFG-VK, ghi, IKvu, KoFAZ und AGDF) einzusetzen, die bis zur nächsten KA-Sitzung am 25. September entsprechende Vorschläge entwickeln soll.

Den fünf oben genannten Organisationen ging es allerdings -wie nachstehend ausgeführt wird- bei ihrem Antrag nicht nur um die finanziellen Aspekte.

Zur gegenwärtigen Struktur:

Während der Vorbereitung der Bonner Demonstration am 13. Juni 1987 hat sich erneut gezeigt, daß die gegenwärtige Zentralstruktur der Friedensbewegung in der Bundesrepublik reformbedürftig ist.

Bei den KA-Sitzungen waren wichtige stark basisorientierte Gruppen vor allem aus dem parteiunabhängigen Spektrum (z.B. Komitee für Grundrechte, ASF, BBU, ESG) nur noch sporadisch vertreten. Die politische Breite des KA verengte sich dadurch ebenso wie seine Repräsentanzfunktion der Basis. Die von diesem Spektrum in der Vergangenheit ausgeübte Pufferfunktion zwischen den parteipolitisch orientierten Gruppen im KA fehlte zunehmend. Erhöhte Reibungsverluste sowie abnehmende Konsens- und Basisorientierung waren die Folge. Andere Gruppen nahmen zwar an den Sitzungen teil, verhielten sich aber großteils aus Frustgründen eher passiv und beteiligten sich nicht einmal mehr an Abstimmungen. Die Diskussionen im KA ritualisierten sich vorwiegend in der Weise, daß immer dieselben Leute dieselben Monologe abließen und von einem Aufeinanderzubewegen, was den KA in früheren Zeiten immer wieder positiv kennzeichnete, kaum noch etwas zu spüren war. Politische Hahnenkämpfe und Versuche, sich gegenseitig über den Tisch zu ziehen, prägten die meisten Sitzungen mit der Folge, daß wichtige Entscheidungen nicht im KA getroffen wurden, sondern der Geschäftsführung überlassen blieben. Die Gemeinsamkeit des politischen Ziels versank immer mehr im politischen Egoismus einzelner Spektren.

Auch die aus neun Organisationen zusammengesetzte Geschäftsführung litt darunter, daß sich nur vier (KoFAZ, IKvu, BUF und DFG-VK) regelmäßig beteiligten, was die Ausgewogenheit der getroffenen Entscheidungen nicht unberührt ließ.

Das Verhältnis KA-Geschäftsführung drehte sich in der Weise um, daß in Wirklichkeit die Geschäftsführung und damit die genannten vier Organisationen das Sagen hatte,

während der KA den von der Geschäftsführung längst getroffenen Entscheidungen nur noch akklamierte oder nicht einmal mehr dazu kam.

Die Zentralisierung wurde so im wahren Sinn des Wortes auf die Spitze getrieben. Strukturelle Veränderungen sind schon aufgrund dieser Entwicklung dringend angezeigt.

Hinzu kommt noch etwas anderes: Der KA ist als freiwilliges Zweckbündnis auf Zeit angelegt. Seine Hauptaufgabe besteht in der Koordinierung überregionaler Aktivitäten der Friedensbewegung. Da der Schwerpunkt der Friedensarbeit in nächster Zeit auf dezentralen Aktionen liegen sollte, ist auch von daher jetzt die Gelegenheit zu einer Reform der vorhandenen Struktur günstig. Schließlich kann die schlechte finanzielle Situation des KA nicht verschwiegen werden. Ein teures Büro in Bonn kann er sich nicht länger leisten.

Wie soll es weitergehen?

Eine minimale Zentralstruktur der Friedensbewegung in der Bundesrepublik muß erhalten bleiben. Der KA darf deshalb nicht aufgelöst werden. Im Gegenteil: Die Zahl seiner Mitglieder sollte um die großen berufsorientierten Friedensinitiativen erweitert werden. Sie gehören eigentlich schon längst dazu.

Statt einer Geschäftsführung sollte der KA eine AG aus Personen, die das Vertrauen möglichst vieler KA-Mitgliedsorganisationen besitzen, wählen. Ihre Aufgabe beschränkt sich darauf, in mehrmonatigen Abständen stattfindende KA-Sitzungen vorzubereiten, den KA bei Bedarf ad hoc einzuberufen und bundesweite Konferenzen der Friedensbewegung zu planen. Der KA-Rundbrief als wichtiges Kommunikationsinstrument sollte - sich finanziell möglichst selbst tragend - beibehalten und von einer eigens dafür eingesetzten AG gemacht werden.

Der KA sollte über möglichst kleines Büro, aus Kostengründen eventuell bei einer KA-Mitgliedsorganisation oder dem KA sonst verbundenen Organisation in Bonn angesiedelt, mit einer Halbtagskraft verfügen. Mehr als 30.000 DM Fixkosten pro Jahr dafür dürfen nicht anfallen, wobei vor Eingang entsprechender Verpflichtungen geklärt werden muß, woher dieses Geld kommt. Das Büro dient in erster Linie als Kontakt- und Clearingstelle der Friedensbewegung und zur technischen Abwicklung der Arbeit der beiden zuvor genannten AG's.

Mit dieser Strukturreform könnte erreicht werden, was schon längst fällig ist - die Friedensbewegung vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen.

(Adressaufkl

9099

Archiv für alternat.
Schrifttum in NRW (AfaS)
Schwarzenbg. Str.147
4100 Duisburg 14

Impressum

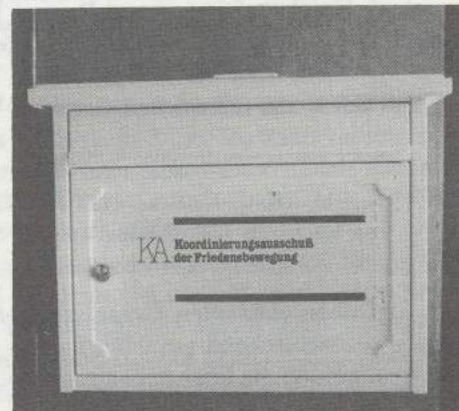
Herausgegeben vom Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228-692904/05
Redaktion dieser Ausgabe: Ingo Arend, Martin Böttger, Alfons Glasmacher, Gerd Greune (V.i.S.d.P.), Otfried Nassauer, Christine Schweizer, Mani Stenner, Gregor Witt (alle Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1)
Rundbrief 4/87, Auflage: 8000 Stück, Druck: Fa. Henke, Köln
Einzelpreis (Nachbestellungen) DM 1,00, Jahresabonnement incl. Versand DM 20,-, Förderabo DM 50,-
Der Koordinierungsausschuß ist für seine Arbeit auf Spenden und Unterstützungsbeiträge angewiesen.
Konto: Gerd Greune, Sonderkonto Frieden (KA) Nr. 87 783 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)
Fotos(die meisten): Fotoagentur Joker, Bonn

Liebe Freundinnen und Freunde,

aus Kostengründen wollen wir den Verteiler für den Rundbrief aktualisieren. Wir bitten Euch deshalb um Nachricht bzw. Rücksendung des Coupons, wenn Ihr an der Zusendung nicht mehr interessiert seid oder ihn unnötigerweise doppelt bekommt. Und zahlt bitte für weiterlaufende und neue Abos bitte den Jahresbeitrag, wenn Ihr den Rundbrief weiterhin regelmäßig bekommen wollt. Der Koordinierungsausschuß wird ausschließlich über diese Abos und Spenden finanziert.

Informationsaustausch ist für die Friedensbewegung wesentlich. Sendet uns deshalb bitte regelmäßig Informationen über Eure Arbeit und Eure geplanten Aktivitäten im Herbst und während der Friedenswochen. So kann die Darstellung im Rundbrief und z.B. der Presse gegenüber vollständiger und besser werden.

Für den 28./29. November laden wir Euch zur bundesweiten Aktions- und Strategiekonferenz der Friedensbewegung ein. Die Diskussion und Absprache von Aktionen und die bundesweite Koordination der Friedensbewegung sollte durch die Diskussionen innerhalb der Friedenswochen im November und durch Eure örtlichen Kongresse vorbereitet werden.



Rundbrief-Abo / Bestellung / Spenden

(ausschneiden oder fotokopieren und zurück an: Koordinierungsausschuß, Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1)

O Ich/wir bestelle/n:

.....	weitere Exemplare Rundbrief 4/87	à 1,00	ab 10: 0,90	DM
.....	Stück Zeitung zu den Herbstaktionen	à 0,15	ab 250: 0,10	DM
Porto: bis 10,- --> DM 3,-; bis 50,- --> DM 6,-; bis 100,- --> DM 10,-; sonst 10% des Preises				Porto: DM

O	Ich/wir zahle/n das Jahresabonnement für den "Rundbrief" für 1987 / 1988	DM
O	Ich/wir spende/n für die Friedensbewegung	DM

Die Gesamtsumme in Höhe von DM

habe/n ich/wir am gezahlt an:

- O G.Greune, Sonderkonto Frieden(KA), Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), Konto-Nr. 87 783
- O G.Greune, Sonderkonto F., Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50), Konto-Nr. 7991-501
- O durch beiliegendes Bargeld / Verrechnungsscheck (Zutreffendes bitte unterstreichen)

- O Ich/wir möchte/n gern die Rundschreiben des Koordinierungsausschusses erhalten
- O Ich/wir möchte/n aus dem Verteiler gestrichen werden

Name:

Gruppe:

Anschrift/Telefon:

Unterschrift: